

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156.

Montag, den 8. Juli 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein Reichswohlfahrtsamt.

R. C. Das Reichsamt des Innern soll eine Teilung erfahren. Welche Gebiete des umfassenden Reports aber abgetrennt und selbständig gemacht werden sollen, darüber ist noch keine Entscheidung getroffen. Trotzdem werden schon Vorschläge erörtert, die mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen; es würde sich auch empfehlen, daß bei dieser hochwichtigen Frage der Organisation der Reichsverwaltung die Arbeiter ihre Interessen recht nachdrücklich vertreten möchten. Zunächst gibt es Vorschläge zu bekämpfen, die gleich nach der Enttarnung Posadowskys aufzulaufen, aber nicht weiter beachtet wurden, weil es hieß, die Frage der Teilung des Reichsamts des Innern sei noch nicht spruchreif. Man deutete die Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes an. Was darunter zu verstehen sei, wurde freilich nicht weiter gesagt, aber wenn man die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses ein paar Jahre zurück verfolgt, so wird man finden, daß der Plan eines Wohlfahrtsamtes von der Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses zunächst der preussischen Regierung und zwar dem Minister, der der Nachfolger Posadowskys geworden ist, wiederholt zur Ausführung vorgelegt worden ist. Der Gedanke eines Wohlfahrtsamtes entspringt der Initiative eines konservativen Politikers, nämlich des Abgeordneten Grafen Douglas. Dieser brachte zunächst einen diesbezüglichen Antrag im Abgeordnetenhaus ein, der der Budgetkommission überwiesen und in der Sitzung vom 6. April 1905 in folgender Fassung vom Plenum angenommen wurde: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald ein Volkswohlfahrtsamt mit einem aus Laien bestehenden Beirat zu schaffen. Dem Amt soll besonders obliegen, die Volkswohlfahrtspflege im In- und Auslande zu verfolgen, Wahrnehmungen, welche das Eingreifen der Gesetzgebung begründen, der Regierung mitzuteilen, Gutachten zu erstatten und an der Vorbereitung von Gesetzentwürfen mitzuwirken, bei größeren Unglücksfällen oder Nothständen die freiwillige Hilfsstätigkeit zu leiten. Bei der Berufung in den Beirat sollen die privaten Volkswohlfahrtsorganisationen und die beiden Häuser des Landtags berücksichtigt werden; der Beirat soll jährlich einmal zusammenberufen werden und die einzelnen Wohlfahrtsfragen beraten.“

Die preussische Regierung hatte nun zunächst keine große Lust, den Wünschen des preussischen Abgeordnetenhauses entgegenzukommen und erklärte sich nur bereit, die schon bestehende Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen zu erweitern und ihr den Namen Zentralstelle der Volkswohlfahrt zu geben. Daraufhin wurde im Februar 1906 vom Abgeordnetenhaus ein erneuter Antrag Douglas angenommen, der dahin ging, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Beschlußfassung über den Beschluß des Hauses der Abgeordneten vom 6. April 1906, betr. Schaffung eines Volkswohlfahrtsamtes, durch Beratung in einer Kommission von Sachverständigen, in die insbesondere auch in der Volkswohlfahrtspflege praktisch bewährte Männer zu berufen sein würden, vorzubereiten zu lassen.

An die Wünsche des Abgeordnetenhauses wird man nun lebhaft erinnern, wenn mit einem Male der Gedanke auftaucht, daß dem Reichsamt des Innern ein Reichswohlfahrtsamt angegliedert werden soll. Das heißt also: die sozialpolitischen Ressorts im engeren Sinne, die bisher zum Reichsamt des Innern gehörten, sollen dem Reichswohlfahrtsamt übertragen und dessen Kompetenzen in einer dem Antrag Douglas entsprechenden Weise ausgestaltet werden. Wenn bisher schon in der Reichsverwaltung die besonderen Interessen der Arbeiter viel zu wenig berücksichtigt waren, aber doch schließlich das Reichsamt des Innern als sozialpolitische Instanz sich herausbildete, so würde in Zukunft durch Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes eine weitere Verschiebung zu Ungunsten der Arbeiter eintreten. Denn das Reichswohlfahrtsamt soll gewissermaßen eine Stelle sein, die alle sozial notleidenden Bevölkerungsschichten mit feiner Fürsorge bedenken soll: den Mittelstand, die Arbeiter, die Bauern, die Armen und Kranken. Kein wirtschaftspolitischer Gesichtspunkt großen Stils, sondern charitative Erwägungen würden für die Tätigkeit eines Reichswohlfahrtsamtes maßgebend sein müssen. Eine solche Instanz aber würde vielleicht wohl der Auffassung des Zentrums von den Aufgaben der Sozialpolitik gerecht werden, aber nicht den Anforderungen, die die wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit an die Reichsregierung stellen.

Was wir brauchen, bitter notwendig brauchen, nicht nur im Interesse der Arbeiterbevölkerung, sondern noch mehr im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts Deutschlands, das ist ein selbständiges Reichsarbeitsamt, dessen einzige Aufgabe sein und bleiben muß, die besonderen Interessen der Arbeiterbevölkerung zu fördern.

Die Interessen der Arbeitgeber des gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmertums, endlich die der Kapitalisten, sind durch das Bestehen von Ministerien für die Landwirtschaft sowie für Handel und Gewerbe in den Einzelstaaten so berücksichtigt, wie sie es kaum besser verlangen können. Überall aber fehlt es an einer selbständigen Zentralinstanz für die spezifischen Arbeiterinteressen. Hier empfiehlt sich die Bildung einer Zentralinstanz für das Deutsche Reich, und die beste Gelegenheit hierfür bietet die beabsichtigte Teilung des Reichsamts des Innern in zwei selbständige Ämter.

Gegen die Bildung eines Reichsarbeitsamtes können kaum stichhaltige sachliche Gründe vorgebracht werden. Was bisher gegen ein solches Amt vorgebracht wurde, beschränkte sich darauf, daß gesagt wird, ein Reichsarbeitsamt würde der Sozialdemokratie Vorparadenante leisten müssen. Dieser Einwand ist aber genau so zu bewerten, wie wenn die Sozialdemokratie die Bildung eines Ministeriums für Landwirtschaft damit bekämpfen wollte, daß sie den Einwand erhebe, ein solches würde doch nur dem Bund der Landwirte. Das wäre ein parteipolitisch vielleicht begründlicher, aber ein sachlich durchaus ungerichtet verfehlter Einwand. Es sind an das Auscheiden Posadowskys recht pessimistische Darlegungen geknüpft worden, deren Berechtigung hier dahingestellt bleiben möge; jeden falls liegt für die Arbeiter die Sache sehr einfach: sie müssen die öffentliche Meinung und die politischen Kreise davon überzeugen, daß jede Teilung des Reichsamts des Innern einen wirtschaftspolitischen Rückschritt bedeutet, sofern sie nicht die Schaffung eines selbständigen Reichsarbeitsamtes bringt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Sozialismus hin

drängt ohne unser Zutun die wirtschaftliche Entwicklung. Diese für jeden Tiefblickenden unmanifichbare Wahrheit bricht sich immer wieder in den Köpfen selbst der begeistertsten Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft durch. Aber die Auswüchse des Kapitalismus enthält zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“, im Grunde genommen doch ein hochkapitalistisches Börsenblatt, einen interessanten Brief aus Amerika, der sich mit Theodor Roosevelt und seinen Aufgaben befaßt. In ihm finden wir folgende Sätze:

In diesem großen Wirkungskreis findet nun Roosevelt anderes, gefährlicheres Wild zu beschleichen und zu erlegen, als das, welches sich seiner züchtigeren Hand in dem jungfräulichen Walde darbott: die kapitalistischen Übermenschen. Hyänen der Erwerbssphäre wäre kaum zu viel gesagt. Eine eine Spur sozialen Gewissens toben sie sich nach Herzenslust in diesem Riesereich aus und betrachten Land und Volk als Beute für ihr eigenes durch kein sittliches Bedenken gebremstes Willens zum Erwerb. Aus einiger Entfernung gesehen, grenzt die Entwicklung des Landes an Wunderbare und beachtenswert durch das, was sie dem staunenden Europäer bietet, die phantasiereichste Vorstellung; aber nur der gemeinste Vöbelinstinkt fängt sich durch den Anblick zu Niesenziffern reichemacht und findet sich damit ab, den ganzen Kulturbetrieb als einen Umweg zu einem Berge anzusehen, auf dem eine Handvoll Multimillionäre thronen. Vor mehr als zwei Generationen hat der genialste Publizist des neunzehnten Jahrhunderts, hat Alexis de Tocqueville, in seiner merkwürdigen Analyse der amerikanischen Volkseele den Schaden vorhergesehen, den eine ungezügelter Erwerbssphäre, als die alles verzehrende Leidenschaft, ihr zufügen wird. Heute ist der Schaden da und durch die Großmut von Privatpersonen (?) nicht ohne weiteres gutzumachen. Die allzu gedankenlos nachgesprochenen unbegrenzten Möglichkeiten weichen allmählich in den Dämmern des Fabelreichs zurück. Mindestens 50 Millionen Amerikaner empfinden sie heute schon als begrenzt und fühlen sich durch das ungenierte Treiben der kapitalistischen Freiberuter und die gesellschaftlichen Grenzrütteln der Blutostraten in ihrer wirtschaftlichen und geistigen Entfaltung gehemmt. Sie merken am eigenen Leibe, daß das vertrustete Kapital und die konzentrierte Produktion die theoretisch vorausgesagte Verbilligung der Produkte nicht gebracht haben. Nach einer Soben vom Bureau of Labor veröffentlichten Statistiken sind die Engrospreise der meistgebrauchten Warenarten in der Zeit von 1897 bis heute um nicht weniger als 86,5 Prozent gestiegen. Diese ungeheure Preissteigerung fällt ziemlich genau mit dem Anfang der Trustgründungen im Jahre 1898 zusammen. Zwischen 1899 und 1902 wurden 6000 Millionen neuer „Sicherheiten“ geschaffen; und seither sind noch viele Hunderte von Millionen hinzugekommen. Welcher Hohn: Diese Sicherheiten (securities), in denen das Umlage suchende Kapital des Publikums sich geborgen fühlen sollte! Die Hälfte davon ist „Wasser“; und um auch für dieses eingebildete Kapital Dividenden zu erpressen, suchen die Trustleiter die Preisbremse anzudrehen. Ist es nicht sophistische Verdröhung des Armins des Freiheitsbegriffs, unter pathetischer Berufung auf ihn zu behaupten, der Mißbrauch des Reichtums werde sich „von selbst“ regulieren? Nach einem Jahr-

Laubert des liberalen Sozialkampfes und der Verdröhung im vorwärtigen Kultur, melden sich, mitten in der glühenden Entfaltung materiellen Wohlstandes und rein bürgerlicher Zivilisation, von allen Seiten die bedrohlichen sozialen Probleme, zum großen Teil sozialen Probleme, die uns Europa mehr als einmal an der Rand sozialer Revolutionen gebracht haben und in deren politischer Leben die täglichen Aufgaben stellen, und deren Lösung bei anderen amerikanischen, die jeder sucht, der nach den vorwärtigen Umwälzungen durch die Tage von Gills' Ware ins „Reich“ aller Völker gelassen wird und, schließlich, wenn nach den Jahren von Schmutz auf amerikanischem Boden die Traube der Revolution reift.“

Auf eine Selbstregulierung der Mißbrände des Reichtums wagen selbst die mandatselichsten Liberalen nicht mehr zu hoffen. Was bleibt also gegenüber den Hyänen, den Multimillionären, übrig? Nichts anderes als daß der Staat ihnen ihr räuberisches Handwerk legt, ihre zahlenmäßig-geordneten Reichtümer abnimmt und sie an weiterer Erreichung von Arbeiterdeweis gewaltig hindert. Diese Patrone müssen selbst arbeiten lernen, wenn sie etwas zum Leben haben wollen, und nur solange sie arbeiten, sollen sie an den Kulturwerten der Welt Anteil nehmen. Nur der Sozialismus kann hier Hilfe bringen.

Die neue „Sozialpolitik“.

Der politisierende Generalmajor a. D. J. von Jagow nimmt sich in der „Kreuzzeitung“ die „neue Sozialpolitik“ vor. „Nun rechts!“ lautet sein Kommando, obgleich das bei dem neuen Staatssekretär des Innern total überflüssig ist. Der Marschbefehl für den Mann, der an Stelle Posadowskys zur Sozialpolitik abkommandiert ist, steht so aus:

„Herr v. Bethmann ist dem Grafen Posadowsky im Reichsamt des Innern gefolgt: er wird von allen Seiten, auch von der deutschkonservativen, mit Vertrauen empfangen. In der Verwaltung groß geworden und noch nicht lange Minister, ist er nicht am grünen Tische verknöchert, sondern mit dem frisch pulierenden Leben in enger Beziehung geblieben. Es ist daher auch nicht zu befürchten, daß die zünftigen Sozialreformer mit ihren weltfremden Auffassungen maßgebenden Einfluß auf ihn gewinnen werden. Als durchaus moderner Mann, der die Aufgaben der heutigen Zeit richtig erkennt, wird er sicher nicht vergessen, daß die Arbeiterfürsorge nicht als Selbstzweck einseitig weiter geführt werden darf, sondern sich dem Wohle der Allgemeinheit unterordnen und in die Gesamtverwaltung als Glied einfügen muß. In dem Streben nach einer redlichen Gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit wird er, so steht zu hoffen, die Arbeitgeber nicht weiter mit sozialen Lasten überbürden, die sie auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig machen, dadurch die Arbeitslosigkeit unterbinden und gleichzeitig die Selbsthilfe des Arbeiters lähmen und seine Willenskräfte schwächen.“

Die neue Sozialpolitik der „liberalen Kra“ besteht in dem Diktum: „Die Kompostkammer der Arbeiterschaft ist voll!“ Schluß mit der Sozialpolitik!

Überprüfen.

Die Berliner Polizei hat wieder einmal einen „großen Coup“ unternommen, indem sie sieben „lästige“ Russen aus Preußens gastlichen Gefüßen wies. Unter den Opfern dieser neuesten Staatsretterei befindet sich auch der cand. med. Bjelostozki, der wegen des albernsten Verdachtes ausgewiesen wird: er habe im März dieses Jahres eine Bombe in den Eisenbahnzug Wiesbaden—Frankfurt a. M. praktiziert. Natürlich bringen die auf ihre jüngste Heldentat stolzen Berliner Russenspiegel auch diese „Affäre“ wieder mit kühnem Polizeigeschick in Verbindung mit dem Berliner russischen Lesehallen, die aber mit dieser Angelegenheit ebensoviel zu tun haben wie etwa der Berliner Polizeipräsident mit der Plünderung der Köpenicker Stadtkasse durch den „Hauptmann“ Voigt.

Auf die Denunziation irgend eines schuftigen russischen Nachtrubelungen vernichtet die Berliner Polizei die Existenz eines Menschen: Bjelostozki absolviert gerade das letzte medizinische Semester! Es wäre doch zu fordern, daß Denunziationen der geschulten Art erst etwas gründlicher geprüft werden, ehe eine Behörde zu einer Maßnahme von der einschneidenden Bedeutung einer Ausweisung greift.

Wenn die Herren Gesetzesfabrikanten an unseren grünen Regierungstischen so schnell fertig mit dem Wort und der Tat wären wie das Berliner Polizeipräsidium, dann hätten wir vielleicht schon übermorgen auf den freundlichen Fingerzeig der „Kreuzzeitung“ hin ein Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratische Presse zu erwarten. Aber einsteilen geht's bei uns doch noch nicht ganz so russisch zu, wie die konservative deutsch-preussische Sippe es lieber heute als morgen zu sehen wünschte.

Schjen aus Prinzip und von Geburt.

Der „gesunde Menschenverstand“ der Junker macht in der „Kreuzzeitung“ sonderbare Sprünge. Sie ist außer sich darüber, daß Genosse Parow in einer Schrift, die in



Leipziger Parteiverlag erschienen ist (Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch), „öffentlich zur Revolution aufrufen“ darf, und sie schließlich ihren wütenden Denunziantenartikel mit der nachdenklichen Frage: „Bewundern fragt sich der gesunde Menschenverstand, ob auf die deutsche Pressefreiheit auch internationale Revolutionäre Anspruch haben?“ Der „gesunde Menschenverstand“ hätte der „Kreuzzeitung“ doch sagen können, daß sich dieses Unglück nicht vermeiden läßt, so lange sich die Reichs-Post nicht wehrt, die Manuskripte „internationaler Revolutionäre“ zu befördern.

### Den Schwächlichen enger.

Den Liberalen, die hoffen und — was man hofft, glaubt man so gern! — auch glaubten, daß die preussische Regierung freiwillig um der schönen Augen der konservativ-liberalen Paarung willen in den Wall des Dreiklassenwahlrechts einige liberale Freschen legen werde, antwortet die Deutsche Tageszeitung mit einem Hohngelächter:

„Die Regierung denkt, wie wir aufs strengste befehlen können, gar nicht daran, in absehbarer Zeit das Wahlrecht, das sich bisher bewährt hat, zu ändern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Neuwahlen, in den neu eingeteilten Kreisen und rheinisch-westfälischen Kreisen auch beim Dreiklassenwahlrecht Sozialdemokraten in den Landtag bringen, da nach dem ebenfalls im Gesetz von 1903 eingeführten neuen Abstimmungsmodus bei der Wahl vom 27. November 1906 in Berlin III die Sozialdemokraten nur fünf Stimmen weniger erhielten als der freimüthige Kandidat und die neue Berliner Wahlkreiseinteilung der Sozialdemokratie wahrscheinlich nur zugute kommt. Die Staatsregierung denkt daher gar nicht daran, eine Änderung des Dreiklassenwahlrechtsintems auch nur zu erwägen.“

Da werden sich die guten Liberalen, die schon nach der faustigen Fleißgerichte der Wahlrechtsreform schielten, den Schwächlichen wieder um einige Löcher enger schnallen müssen.

### Ermunterung zur Sklaverei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhält „aus allen Landes-teilen“ östlich der Elbe „lebhaftest Klagen“ zugeandt, „daß Arbeiter, die sich unter Kontraktbruch von ihrer Arbeitsstelle entfernt haben, von den Behörden nicht gefunden werden“. Es scheint, als ob die Behörden diesem Gebiete „nicht das Maß von Sorgfalt und Eifer zuwenden, das ein bedenklicher Notstand“ erfordere. Sodann werden die üblichen Klagen über Arbeitermangel wiederholt, und schließlich an den neuen Polizeiminister, der doch auch aus Ostpreußen sei, die herzlichste Bitte und dringende Forderung gerichtet, er möge Abhilfe schaffen „durch strikte Anweisungen an die Behörden, und wo es nötig sein sollte, durch Einstellung neuer Kräfte“. Der preussische Steuerzahler soll also neue Beamte bezahlen, denen die ehrenvolle Aufgabe zufällt, die ihren allzustrengen „Brotherren“ entrimmenden Landklaven wieder einzufangen und zur Zwangsarbeit zurückzuführen. Die Arbeiter durch bessere Bezahlung und Behandlung, die bei den hohen Getreidepreisen ohne weiteres durchführbar ist, an die Scholle zu fesseln, daran denkt natürlich kein ostelbischer Sunker.

### Die Gewerbegerichte in Gefahr.

Das soeben erschienene Jahrbuch des Verbandsorgans deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte enthält einen Artikel des Stadtrats Dr. Fleck-Frankfurt, der die Aufmerksamkeit aller Arbeiter in hohem Maße verdient, weil er grundlegende Ideen für die heutige Gestaltung der Gewerbegerichte zu beseitigen sucht.

Bekanntlich ist die Zulassung von Rechtsanwälten als Vertreter der Parteien vor dem Gewerbegerichte grundsätzlich ausgeschlossen. Mit gutem Vorbedacht! Die vor den Gewerbegerichten zum Austrag kommenden Streitigkeiten erfordern Verständnis für die gewerblichen und sozialen Fragen, nicht aber sollen sie vom Standpunkte juristischer Fiktionen aus beurteilt werden. Fleck tritt nun für Zulassung der Rechtsanwälte ein. Er glaubt, diese Neuordnung damit rechtfertigen zu können, daß bei dem jetzigen Verfahren die Aussprache der Parteien nicht gründlich genug sei und daß andererseits im letzten Jahrzehnt das Verständnis der Rechtsanwält für soziale Fragen, sowie ihre Kenntnis der sozialen Gesetzgebung erheblich gestiegen sei, so daß der Hauptgrund weggefallen sei, der 1890 bei Schaffung des Gewerbegerichtsgesetzes den Ausschlag gegeben habe.

Wir würden es für einen verhängnisvollen Fehler halten, wenn der Anregung Folge gegeben würde. Zunächst würden es hauptsächlich die Unternehmer sein, die Rechtsanwält zu ihrer Vertretung engagieren können und dadurch für ihre Interessen ein gewisses Übergewicht erlangen. Dann aber — und das ist die Hauptsache — würden für die Urteile nicht mehr praktische und vom sozialen Empfinden geborene Gründe maßgebend sein, sondern juristische Silbenstechereien. Von dieser Sorte haben wir jedoch bereits soviele an den Gerichtshöfen zu verzeichnen, daß ihre Übertragung auf die Gewerbegerichte mehr als vom Abel ist.

### Die „unpolitischen“ Krieger.

In Thorn trat gestern der Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes zusammen. Der Vorsitzende, General von Spitz, hielt es für nötig, zu betonen, daß die Wahl eines Sozialdemokraten eine grobe Verletzung der Pflichten als Bundesmitglied sei. Diejenigen, die sich einer solchen Verletzung schuldig gemacht hätten, seien zum Teil bereits ausgeschlossen worden, zum Teil schwebte gegen sie das Vergehen. Schließlich fand folgende Resolution Annahme: „Der Abgeordnetentag spricht dem Bundesvorstande den aufrichtigen Dank aus, daß er warm für Königstreue und vaterländische Gesinnung bei der letzten Wahlbewegung eingetreten ist, und zwar ohne den unpolitischen Charakter des Kriegerbundes zu verleihen.“

Zunächst wird also erklärt, daß die sozialdemokratische Stimmabgabe eine grobe Pflichtverletzung eines Mitgliedes sei. Dann wird zugegeben, daß der Kriegerbund aktiv in die Wahlbewegung eingetreten ist. Und trotzdem wagen es die Herren, die Behauptung aufzustellen, daß durch alle diese öffentlich politischen Machinationen der unpolitische Charakter des Kriegerbundes nicht verletzt sei. Kann es einen größeren Widerspruch geben?

Nachdem also nunmehr offiziell zugegeben worden ist, daß sich der Kriegerbund in den Dickschiffen bestimmter politischer Parteien stellt, muß es die Ehrenpflicht eines jeden aufgeklärten Menschen sein, mit allen Mitteln dafür zu agitieren, daß auch der letzte Arbeiter, der sein Wahlrecht rein halten will, den zu politischen Zwecken mißbrauchten Kriegervereinen den Rücken kehrt. Wer demnach als Arbeiter Mitglied eines derartigen Vereins bleibt, begeht Verrat an seinen eigenen, wie an den Interessen seiner Klasse!

### Die Dernburgs an der Arbeit.

Im Reichskolonialamt trat dieser Tage eine Konferenz zusammen, die sich zusammensetzte aus einer größeren Anzahl Industrieller und Kaufleute und Dernburgs. Zweck derselben war eine Beratung über die weitere wirtschaftliche Ausgestaltung unserer „herrlichen“ Kolonien. Als nächstes erstrebenswertes Ziel wurde allerseits die planmäßige Schaffung eines Eisenbahnnetzes in den Kolonien bezeichnet. Dernburg gab hierzu seinen Segen. — Wenn die Herren Kolonialinteressenten Eisenbahnen in unteren Kolonien bauen wollen, dann mögen sie es ruhig in Gottes Namen tun. Sie sollen aber dann auch selbst die Kosten hierfür bezahlen und diese nicht, wie sonst allgemein in Preußen-Deutschland üblich, den Steuerzahlern aufhalsen.

Das Reichsvereinsgesetz. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Das angekündigte Reichsvereinsgesetz wird, wie wir hören, dem Reichstage sofort bei seinem Zusammentritt zugehen.

### Rußland.

Die Kontrevolution. In Riga wurden 95 junge Juden verhaftet.

In Dekaterburg wurde auf der Straße ein Revolverattentat gegen den städtischen Polizeichef, der sich in Begleitung des Gendarmenkapitän's Puskasin befand, verübt. Der Polizeichef blieb unverletzt, Puskasin wurde durch Revolverkugeln getötet. Die Täter wurden verfolgt, doch gelang es ihnen, zu entkommen. Während der Flucht verwundeten sie einen Polizisten.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 8. Juli.

Sehr unangenehm scheint den Lübeckischen Anzeigen unsere Kennzeichnung ihres Komödiantentums beim Petersrummel gewesen zu sein, denn sie wissen darauf nur mit einer Schimpferei zu antworten: so wird in Ausdrücken wie „Kinder an berufsmäßiger Bildung“, „Journalisten in“, „armen Wilden in der Johannisstraße“ in der gewohnt „vornehmen“ Weise polemisiert und schließlich noch ein Privatstimulium darüber gehalten, wodurch sich in der „Lübeckischen Zeitung“ offiziöse oder aus der Redaktion stammende Notizen unterscheiden. Das letztere interessiert uns nicht und das erstere läßt uns kalt. Beschimpft zu werden von Leuten, welche die Moral eines Peters verfechten, ist für jeden ausländigen Menschen eine Ehre. Da das Amtsblatt seinen Lesern stets dasjenige unterschlägt, was nicht in seinen Kram paßt, so glaubt es, auch seinen Gegnern eine derartige schädliche Handlungsweise unterschlagen zu müssen. Es schreibt wie folgt:

„Nun hatten wir in unserem Artikel auf Grund zuverlässiger Angaben u. a. folgenden Fall angeführt: „Als am Dienstag vor dem Urteilspruch Peters das Gerichtsgebäude verließ, da trat ihm aus der Menschenmenge ein Mann entgegen, der Kleidung nach dem Arbeitsstande angehörig, und sagte zu Dr. Peters, nachdem dieser sich ihm zu erkennen gegeben: „Ich bin Sozialdemokrat, aber gestatten Sie mir, daß ich Ihnen die Hand schüttelte. Sie haben sich glänzend gerechtfertigt.“ Diese Tatsache verschweig der „Vossische“ beschämt seinen Lesern. Die Wahrheit über Peters ist eben en marche, und auch hier zeigt sich der wackere „Vossische“ als ihr Feind, indem er ihr Fortschreiten unterdrückt. Im übrigen beruhen auch die sonstigen Angaben in unserem Artikel auf so einwandfreier Grundlage, daß kein ernsthafter Mensch sie in Zweifel ziehen sollte.“

Wir möchten zunächst feststellen, daß die Meldung von dem angeblichen Sozialdemokraten, der Peters als glänzend gerechtfertigt begrüßt haben soll, von uns durchaus nicht „beschämt verschwiegen“ oder unterschlagen worden ist. Wer lesen kann, der wird eine diesbezügliche Notiz in Nr. 154 unseres Blattes, 2. Seite, finden. Also nicht wir haben etwas unterschlagen, sondern das Amtsblatt hat seine Leser beschwindelt, als es uns der Unterschlagung bezichtigte. Das ist natürlich nichts Neues. Was nun die „einwandfreie Grundlage“ anbetrifft, auf welcher die Angaben der „Lübeckischen Anzeigen“ in dem Artikel „Nachmals Peters“ beruhen, so sind wir in der Lage, dieselbe namhaft machen zu können. Es ist der in München als Sachverständiger vernommene „Aristokrat“ Major a. D. v. Liebmann, der den Artikel inspiriert hat. Wir halten diese Behauptung auch dann aufrecht, wenn sie bestritten werden sollte, weil sie uns von durchaus einwandfreier und glaubwürdiger Seite bestätigt worden ist. Allerdings stellt sich Herr v. Liebmann in ein recht eigentümliches Licht, wenn er einen Sachverständigen, der anderer Meinung ist, als er, als leichtfertig, eitel, nicht intakt bezeichnet und einen Offizier, der mit ihm im gleichen Rang steht, für verrückt erklärt. Aber das muß wohl mit zur „Africanermoral“ gehören, welche den „armen Wilden in der Johannisstraße“ nicht geläufig ist und die am besten paßt für Streiter für „Gottesfurcht und Sitte“, zu denen sich wahrscheinlich auch die „Lübeckischen Anzeigen“ zählen.

Wozu die bürgerlichen Rechtsauskunftsstellen dienen sollen, ist der Lübecker Arbeitererschaft zwar bekannt, aber es dürfte sie trotzdem interessieren, daß man auch anderorts in gleicher Weise die Gründung einer bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle ebenso betreibt, wie das i. Zt. in Lübeck der Fall war. Wir drucken deshalb folgendes Schreiben ab, das von den „nationalliberalen“ Parteien in Hannover stammt: „Die Sozialdemokratie hat bereits mehrfach die Hoffnung ausgesprochen, aus Stadt- und Landkreis Linden den ersten Sozialdemokraten in den Landtag schicken zu können. Diese Gefahr macht es uns zur Pflicht, mit Rücksicht auf die nächstjährige Landtagswahl, die genannten beiden Kreise mit einer absolut zuverlässigen Organisation zu versehen. Infolge dessen ist zwischen der hiesigen Provinzial-Geschäftsstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und dem Vorstande der Ortsgruppe Hannover die Vereinbarung getroffen, daß die in Linden, Zimmer und Ricklingen wohnenden Mitglieder unseres Verbandes alsbald eine besondere Ortsgruppe bilden sollen. Herr Rechtsanwalt und Notar Mülke, Linden, Falken-

straße, hat vorläufig den Vorsitz dieser Ortsgruppe übernommen, die nunmehr eifrig bestrebt sein wird, weitere Mitkämpfer aus allen Bevölkerungsschichten zu werben und die noch nicht von der Sozialdemokratie ausgelegenen Kreise der Arbeiter, Arbeitgeber und Kleingewerbetreibenden vor dem wilden Terrorismus durch die Sozialdemokratie zu schützen. Aus diesem Grunde ist die Gründung eines nationalen Arbeitersekretariats nebst kostenloser Rechtsauskunftsstelle für Linden und Umgegend, zum 15. Juli beschloffen worden. Wir bitten Sie recht dringend, zu einer Besprechung am Dienstag, den 2. Juli, zu erscheinen. . . . Deutlicher kann's nicht gesagt werden. Die aufgeklärten Arbeiter wissen längst, daß die bürgerlichen Rechtsauskunftsstellen ausgesprochen politischen Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie dienen müssen. Zu Lübeck sind nun gar die „nationalen“ Parteien so „bestrebt“, sich ihr Zutritt zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit aus den Steuergrößen der von ihnen bekämpften Sozialdemokraten erhalten zu lassen. Dadurch sparen die Herren, die es haben, wenigstens ihr Geld und glorifizieren sich hinterher noch mit Redensarten von „gemeinnützigen Einrichtungen“, die sie geschaffen haben.“

Von einer „Küchenschichte der sozialdemokratischen Presse“ faßelt ein Beilagezettel des Vereins Hamburger Keeder, den auch die „Lübeckische Zeitung“ zum Abdruck bringt. Es werden darin Mitteilungen über den Untergang des Bremer Dampfers „Recher“ für erfunden erklärt. Der Verein Hamburger Keeder sollte sich um die Küchenschichten der Keederpresse kümmern, da hätte er genug zu tun. Die Angaben des Vereins Hamburger Keeder beweisen gänzlich. Deshalb wartet der Verein nicht die Seeantsverhandlung ab.

Die öffentliche Badeanstalt „am Hüfenberge“ wird vom 8. d. Mts. ab bis auf weiteres geöffnet: a. für männliche Personen: an den Sonntagen und Festtagen von morgens 5 bis nachmittags 2 Uhr, an den Werktagen von morgens 1 Uhr und von nachmittags 5 bis 9 Uhr; b. für weibliche Personen: an den Werktagen von 2 1/2 bis 5 Uhr nachmittags. Das Baden ist unentgeltlich. Für männliche Personen ist der Gebrauch von Badehosen, für weibliche Personen der von Badeanzügen vorgeschrieben. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf weiteres dem Aufseher Tsch und seiner Ehefrau übertragen.

Die Wälderholungsstätte bei Westoe war gestern dem Publikum zur Besichtigung geöffnet. Unter Führung der Komitee-Damen vom Vaterländischen Frauen Verein zum roten Kreuz konnten Interessenten die Anlage in Augenschein nehmen. Das Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude ist in einer von der Hanseatischen Landesversicherungs-Anstalt gestifteten Eichenholzbarade untergebracht, während für die Kasse und Kassehalle ein weiterer Schuppen errichtet ist. Die ganze Anlage macht trotz der kurzen Zeit, die zu ihrer Installation zur Verfügung stand, einen solchen Eindruck. Die Lage der Erholungsstätte in Mitte der Westoeer Lünen ist für ihren Zweck sicher die günstigste Vorbedingung. Wir wollen hoffen, daß es der Verwaltung, welche wie gesagt, in Händen von Damen vom roten Kreuz liegt, gelingen möge, die Erholungsstätte bei Westoe zu einem beliebigen Aufenthaltsort unserer leidenden Mitmenschen zu machen. Zur Orientierung fügen wir noch hinzu, daß die von dem Arzt als für die Erholungsstätte geeignet befundenen Kranken alles Nähere im Bureau der Eiskrankenkasse erfahren. Die Lübeck-Rüdigerer Bahn läßt den morgens 7 Uhr 50 Min. von hier nach Schlutup gehenden Zug in Westoe zum Aussteigen halten und der Zug 5 Uhr 45 von Schlutup bringt abends die Kranken nach Lübeck zurück. Die Fahrt hat jeder selbst zu zahlen. Es werden Wochenkarten für 14 Fahrten zum Preise von 1.40 Mark ausgegeben.

Der deutsche Schiffbau im Jahre 1906. Der „Nauticus“ beschäftigt sich in seinem Kapitel über die deutsche Handelsmarine auch eingehend mit dem deutschen Schiffbau. Es sei diesem Kapitel folgendes entnommen: Die günstige Lage der Schiffahrt im Jahre 1906 hat auch dem deutschen Schiffbau ein sehr stattliches Beschäftigungsquantum zugeführt. Daneben ist freilich eine bedeutende Tonnage, beinahe ein Viertel des Ganzen, für deutsche Rechnung auf englischen Werften gebaut worden. Die Beschäftigung englischer Werften durch die deutsche Reederei ist ein oft erörtertes Thema, und es muß in der Tat wundernehmen, daß der Bau für deutsche Rechnungen im Ausland noch so bedeutend ist, ja, daß sogar ganze Reihen von Dampfern für deutsche Gesellschaften im Ausland und zwar nicht allein in England, sondern auch in anderen Ländern bestellt werden. Ausschlaggebend dürfte dabei die Preisfrage sein. In manchen Fällen hat es sich darum gehandelt, Neubauten besonders schnell zu erhalten, und letzteres ist wohl in England in vielen Fällen häufiger möglich als in Deutschland. Andererseits zeigen aber doch Beispiele deutscher Reederien, daß es sehr wohl möglich ist, leistungsfähige Dampfer jeder Art in Konkurrenz mit den Engländern auf deutschen Werften zu bauen. So hat der Norddeutsche Lloyd seit sechs Jahren kein einziges seiner zahlreichen neuen Schiffe mehr auf ausländischen Werften bauen lassen. Vorbedingung ist allerdings, daß die Reederei einen Überblick über ihren Bedarf an Neubauten für eine längere Zeit hat. Das ist gewiß nicht immer und überall möglich, aber es wäre erwünscht, wenn die Reedereien von vornherein und grundsätzlich darauf Rücksicht nehmen, daß der deutsche Schiffbau bei aller Leistungsfähigkeit doch nicht imstande ist, zu jeder Zeit irgend einen Betrag an Neubestellungen zu übernehmen und prompt auszuführen, daß er gezwungen ist, sich mehr einzurichten, was die viel größere englische Schiffbauindustrie nicht nötig hat. Es würde im Interesse einer stetigen und gesunden Weiterentwicklung der deutschen, unter jedem, nicht zum wenigsten dem nationalen Gesichtspunkte so hervorragend wichtigen Schiffbauindustrie liegen, wenn dem vorstehend erörterten Gesichtspunkte auf Seiten der Reedereien Rechnung getragen würde.

Die 18 bedeutendsten Werften Deutschlands entfalteten im Jahre 1906 eine eifrige Tätigkeit, was aus nachstehender Übersicht hervorgeht.

Bauende Werft	Erbaut 1906	Im Bau Ende 1906
Blohm u. Voß, Hamburg . . . . .	5	6
Reiherrig, Hamburg . . . . .	2	3
Janssen u. Schmilinsky, Hamburg . . . . .	13	6
Joh. C. Tecklenborg u. Co., Geestmünde	7	8
Bremer Vulkan, Vegesack . . . . .	10	11
Rickmers Reismühlen, Bremen . . . . .	3	3
H. O. Weser, Bremen . . . . .	7	10
Nordseewerke, Emden . . . . .	9	17
Ederwerft, Löhning . . . . .	5	10
Hensburger Schiffbau-Gesellschaft . . . . .	13	9
Germaniawerft, Kiel . . . . .	10	12
Hornaldiswerke, Kiel . . . . .	25	14
Henry Koch, Lübeck . . . . .	8	4
A.-G. Neptun, Rostock . . . . .	9	10
Stettiner Vulkan . . . . .	5	7
Mülke u. Co., Stettin . . . . .	4	?
Stettiner Oberwerke . . . . .	7	?
F. Schichau, Danzig . . . . .	3	3

Die auf diesen Werften erbauten Schiffstypen sind selbstverständlich sehr verschieden; den großen Werften von Blohm u. Voß in Hamburg, den Werften in Bremen, Stettin, Hensburg, Kiel, Danzig usw., deren erbaute Schiffe einen bedeut-



tenden Tonengehalt aufweisen, stehen auch kleinere Werke mit zwar größerer Schiffszahl, aber viel kleinerem Tonengehalt gegenüber.

**Die Schmiedegesellen von Hamburg und Altona** sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gesellen eingereichten Forderungen mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, in den Streit getreten. Zugang ist fernzuhalten.

**ph. Ein guter Gang.** In der Nacht zum Sonntag, den 7. d. M., bemerkte ein im Stadtpart patrouillierender Schutzmann drei Männer auf einer Bank sitzen. Da das Verhalten der drei Männer in so später Stunde, — es war gegen 3 Uhr nachts — die Aufmerksamkeit des Beamten erregte, so schlich er sich unbemerkt von hinten an die Bank heran, und sah wie die drei Männer Schmiedesachen unter sich verteilten. Einer der Männer äußerte: „Da kriegt weder Huhn noch Hahn nach; hier geht es besser als wie an der Küste, wenn eine Fischehaube kommt, da kriegt er einen auf den Kopf.“ Aus dem weiteren Gespräch konnte der Schutzmann entnehmen, daß die drei Männer mit dem 4. Uhr-Junge morgens nach Hamburg zurückfahren wollten. Da das Verhalten der drei Männer darauf hindeutete, daß sie einen Einbruchsdiebstahl in der Nähe des Stadtpartes ausgeführt hätten, so schlich sich der Schutzmann unbemerkt davon und holte sich zwei Schutzleute zu seiner Hilfe, worauf es den Beamten gelang, die drei Männer, welche den Stadtpart inzwischen verlassen und nach der Koedstraße gegangen waren, Gefe Koed und Falkenstr. festzunehmen. Bei der an der St. Gertrudswache vorzunehmenden Verhaftung wurden bei den Männern Schmiedesachen von ganz erheblichem Werte, darunter eine Brillantbroche im Werte von 1000 Mk. vorgefunden, sie waren auch im Besitz von Stemmisen, Dietrichen, Glasdiamant usw. Mit diesen Gegenständen hatten sie sich in eine Villa am Stadtpart verschafft und die bei ihnen vorgefundenen Gegenstände gestohlen. Die drei Einbrecher, welche in Hamburg wohnten, sind um einen Einbruch auszuführen, von Hamburg nach hier gekommen.

**ph. 10 Mark entwendet.** Ein an der Elbe wohnender Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm am Donnerstag, den 4. ds. Mts., aus seiner verlassenen Wohnung ein 10 Markstück gestohlen worden sei.

**ph. Verschiedene Eigentumsvergehen.** Am Sonnabend morgen, den 29. v. Mts., wurde einem Händler aus Danksdorf, der mit seinem Wagen auf dem Längen Berg vor dem Hause Nr. 47 hielt, ein Spantorn mit 7 Pfund Butter gestohlen. — Am Freitag, den 5. d. Mts., vormittags in der Zeit zwischen 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr, wurde ein auf dem Hausflur eines Gasthofes der Großen Burastraße gestellter Korb mit circa 74 Pfd. geräucherter Mettwürste gestohlen. — Wegen eines Maurerlehrling wurde Anzeige erstatet, weil er seiner Schwester ein Sparschneibuch über 300 Mk. gestohlen und das Geld bereits erhoben und verbraucht hatte. — Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter der mit noch einem zweiten Arbeiter am 26. v. Mts., auf dem Lagerplatz eines am Kanal wohnenden Produktenhändlers eine größere Quantität Eisen gestohlen hat.

**ph. Diebstahl.** In der Nacht zum 5. d. Mts. wurde die Obstverkaufsboxe beim Bahnhof erbrochen und diverses Obst, ferner ein kleiner Teil Weisfelgels, eine Brille u. gestohlen. Es gelang, den Dieb in der Person eines Arbeiters aus Nö nigsb. l. P. zu ermitteln und festzunehmen.

**In Puls Universum** tritt heute, Montag, und morgen der Auerkünstler und Illusionist Merlantini auf, der an andern Orten große Erfolge erzielt. Außerdem wirkt das gesamte Künstlerpersonal mit. Vom 10.—19. Juli bleibt das Lokal geschlossen.

**ph. Fahrraddiebstahl.** Heute morgen wurde aus dem Eingange des Geschäftshauses Adolph Karstadt ein Fahrrad gestohlen. Das Fahrrad ist Marke „Winnings Karola“, hat schwarzes Gestell, weiße Felgen, gerade Lenkstange und ist mit Freilauf und Rücktrittsbremse versehen. An dem Fahrrad befindet sich die Polizeinummer 10244.

**Wilhelmstheater.** Die so außerordentlich beifällig aufgenommene Lustspiel-Neuheit „Klein Dorrit“ von Franz von Schönbach geht morgen schon zum 3. Male in Szene. Das Stück und seine prächtige Partikulation wußten die Zuschauerkreise, sowie auch die Hände der Zuschauer in Bewegung zu setzen, so daß mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, daß noch eine Reihe von Wiederholungen stattfinden wird. Im Laufe dieser Woche ist eine Neueinstudierung von „Samlet“ vorgesehen, die gleichzeitig das Abschieds-Benefiz für Herrn Hans Wahlberg ist.

**r. Schwartau.** Gewerkschaftsfest. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung fand hier am gestrigen Sonntag das Gewerkschaftsfest statt. Kurz nach 2 Uhr setzte sich der Festzug vom Hotel Kronprinz aus in Bewegung nach dem herrlich gelegenen Kiebschulz. Es mögen wohl an 1000 Personen gewesen sein, welche am Festzuge teilnahmen. Der Festplatz selbst bot ein buntes Bild. Der gleich am Mittag einsetzende Regen konnte der Feststimmung durchaus keinen Abbruch tun. Gegen 3 Uhr trugen die Arbeiterergattervereine mehrere stimmungsvolle Lieder vor, die sehr gut zu Gehör gebracht wurden. Hierauf hielt der Genosse Feidler eine kurze Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Tages hinwies. Der Liedmarsch, welcher um 9 Uhr erfolgte, machte einen imposanten Eindruck, da bei der Dunkelheit die roten Lampen sehr gut zum Ausdruck kamen. Die Auflösung des Festzuges fand auf dem Marktplatz statt, nachdem Genosse Stellung noch eine kurze Ansprache gehalten hatte.

**Wallingen.** Wiederwahl. Nachdem in Selmsdorf der Schulvorsteher zum zweiten Mal wiedergewählt ist, wurde auch der Schulvorsteher Hamann in Wallingen in einer Versammlung der Bauern und Bildner daselbst beim Schulzen mit 14 gegen 2 Stimmen wiedergewählt. Die Wahl H. S. wurde beanstandet, wie verlautet, weil er nicht so sehr mit dem Lehrer auf freundschaftlichem Fuße stand, und u. a. seine Kinder nach Lübeck in die Schule schickte. Da keine andern Gründe gegen ihn vorlagen, so wurde er mit großer Majorität wiedergewählt.

**Hamburg.** Ein unangenehmer Zahlensweise. Die Hamburger Wahlrechtsumstürzler verlebten am Mittwoch v. W. unangenehme Augenblicke. Die Wahlrechtsumstürzler-Blockfraktionen hatten ein Übereinkommen getroffen, bei dem Bericht des Legationsrats aus Schluß über die allgemeinen Wahlen zur Bürgerschaft auf eine Debatte über den Wahlrechtsumstürz nicht einzugehen. Man erwartete, daß auch der Präsident etwaige Versuche, den Mißbrauch, der zur Begründung der Wahlrechtsumstürzvorlage mit der Statistik, getrieben worden ist, aufzudecken, verhindern würde. Als nun Genosse Emil Fischer den Wunsch äußerte, es möchte den Mitgliedern der Bürgerschaft eine Übersicht über die ziffermäßigen Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken geliefert werden, damit festgestellt werden könnte, inwieweit die zur Begründung der Wahlrechtsvorlage aufgestellten Behauptungen von den zu erwartenden Erfolgen der Sozialdemokratie beim Fortbestehen des alten Wahlgesetzes der Wahrheit entsprechen oder sich von der Wahrheit entfernen, blieb zunächst alles stumm; aber schließlich konnte ein Herr

Kump sich die Bemerkung nicht verkneifen, Küster möge doch das im „Hamb. Echo“ veröffentlichte Material benutzen. Daß ließ Fischer sich natürlich nicht zweimal sagen und rückte nun mit dem Material heraus, aus dem hervorging, daß die Begründer und Verteidiger des Wahlrechtsumstürzes sich sehr weit von der Wahrheit entfernten und mit ganz ungeheuerlichen Übertreibungen gearbeitet haben. Der Ansichtsberechtigter Dr. Zacharias hatte in seiner Wahlrechtsumstürzrede dreifach behauptet, die Sozialdemokratie würde beim Fortbestehen des alten Wahlgesetzes bei den Wahlen im Jahre 1907 nicht weniger als 31 Sitze erobern, 1910 aber auf 43 Sitze kommen. Der Senatskommissar Syndikus Dr. Schäfer hatte „auf Grund des amtlichen statistischen Materials“ die führe Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie würde 1907 auf 31 Sitze kommen und dabei einen Bericht des Direktors des statistischen Bureaus, Dr. Koch, verlesen, in dem es heißt: „Daß die Sozialdemokratie im Jahre 1907 voraussichtlich 23 neue Sitze erhalten wird.“ Demgegenüber stellte Fischer fest, daß auf Grund des vorliegenden und im „Hamb. Echo“ veröffentlichten Ziffermaterials sich folgende Tatsachen ergeben: In 27 von den an der Wahl beteiligten 67 Bezirken habe sich eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben. Diese 27 neuen Bezirke decken sich im wesentlichen mit 11 alten Bezirken, wie sie beim Fortbestehen des alten Wahlgesetzes in Betracht gekommen wären. Also nur in diesen 11 alten Bezirken hätte die Sozialdemokratie auf Grund des alten Wahlgesetzes eine Mehrheit erlangt! Es wären der Sozialdemokratie bei der Wahl 1907 beim Fortbestehen des alten Wahlgesetzes danach nur 11 Sitze zugefallen, ebensowiel wie jetzt bei dem neuen Wahlgesetz, wo allerdings 1 Sitz bei den Grundeigentümervahlen erlangt wurde. Zusammen hätte die Sozialdemokratie einschließlich der bis zu 1910 geltenden 8 Mandate es auf 19 Sitze gebracht, wie jetzt auch. Neben diese wahre Tatsache: 19 Sitze, stelle man die von den ehrenwerten Herren Dr. Schäfer und Zacharias „ermittelten“ Ziffern: 31 und 43, neben die 11 bei der Wahl 1907 event. auf Grund des alten Wahlgesetzes tatsächlich erlangten Sitze die 23 von dem Direktor des statistischen Bureaus, Dr. Koch, verheißenen! — Dr. Zacharias hat mehr als das Doppelte, um mehr als 100 Prozent übertrieben, ebenso der Direktor Dr. Koch vom statistischen Bureau in seinem Bericht, Syndikus Dr. Schäfer nicht ganz viel weniger! Wenn man nicht annehmen will, daß die drei Herren mit der Rechenkunst auf sehr gespanntem Fuße stehen, was im Hinblick auf ihre Stellung aber nicht in Frage kommen kann, dann fällt es schwer, an der Annahme festzuhalten, daß die drei Herren in gutem Glauben gehandelt haben, als sie ihre nach den jetzigen Feststellungen fern von der Wahrheit liegenden Behauptungen aufstellten! Mit Recht bemerkt Fischer, daß, wenn die amtlichen Stellen so unendlich weit von der Wahrheit abichweisen, den amtlichen Befundungen in solchen Fällen keinerlei Glauben beizumessen ist und eine derartige „amtliche Statistik“ aufs ärgste in Mißkredit geraten muß! Und die Wahlrechtsumstürzler schmiegen hierzu mäuschenstill und sagten keinen Ton! Das genügt. — Wir möchten hierzu noch bemerken, daß man auch i. Jt. in Lübeck den Wahlrechtsraub vorgenommen hat auf Grund von Berechnungen, die ebenso wenig den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, wie das in Hamburg der Fall war. Obendrein benutzte man in Lübeck zur Begründung der Wahlrechtsverfälschung noch einen angeblichen Ausspruch Bebel's, den sich vorher das Amtsblatt aus den Fingern gesogen hatte. Man kann daraus sehen, daß die Macher der Volksentwertung in Hamburg mit den gleichen „ehrlichen“ Mitteln wie in Lübeck gearbeitet haben.

**Hamburg.** Vom Streit der Seeleute. Ein neuer Einigungsversuch wurde in einer Sonnabendabend in „Wachmanns Salon“ tagenden, sehr stark besuchten Versammlung der streikenden Seeleute gemacht. Der Vorsitzende H. Müller referierte über das Thema: „Unter welchen Voraussetzungen ist der Friede im deutschen Schiffsfahrtsbetriebe wieder herzustellen?“ Im Laufe seiner Ausführungen machte Redner den Vorschlag, noch einmal einen Einigungsversuch zu machen, um den Frieden wieder herzustellen und zwar soll an die Reeder ein Schreiben gerichtet werden, in welchem erincht wird, den Überstundenlohn von 50 Pfg. für die transatlantische Fahrt und 40 Pfg. für die Nord- und Ostseeahrt zu bewilligen. Die Reeder sollen sich schriftlich verpflichten, nach Aufhebung des Streiks unter Vorbehalt der Handelskammer in eine Unterhandlung einzutreten. Der Streik bleibt so lange bestehen, bis die Reeder diese schriftliche Erklärung abgegeben haben. Erfolgt dieses nicht, so wird der Streik mit aller Macht fortgesetzt. Der Vorschlag des Vorsitzenden wurde einstimmig von der Versammlung angenommen. Das Schreiben soll jetzt verfaßt und an die Reeder eingereicht werden. — Die Leiche des Herrn Dr. T. I. M., der gemeinsam mit seinem Kollegen am Eppendorfer Krankenhaus, Dr. v. Horn, jene unglückliche Segelfahrt auf der Unterelbe unternahm, ist jetzt, wie man glaubt, bei Ralsje gefunden worden. Dort wurde nämlich nach einem Telegramm aus Freiburg a. d. Elbe eine mit einem Sportanzug bekleidete männliche Leiche angelehnt. Wenn es auch noch nicht gelang, den Namen des Toten endgültig festzustellen, so handelt es sich doch allem Anschein nach um die Leiche des mit seinem Kollegen ertrunkenen Arztes Dr. T. I. M.

**Strelitz i. M.** Brandunglück. Bei einem Brande des Hintergebäudes des Schlachtermeyers Bünger in der Stadt Strelitz konnte sich der Schlachterlehrling Albert Knaak aus Berlin nicht mehr aus seiner Schlaftammer retten, sodaß er dort den Tod fand, während es zwei anderen dort schlafenden jungen Leuten noch gelang, sich in Sicherheit zu bringen, wobei der eine durch einen Sprung aus dem 4 Meter hohen Fenster sich eine erhebliche Kopfverletzung zuzog.

**Kiel.** Wegen Verleitung zum Meineid hatte sich der Registrator bei der 1. Matrosenabteilung Lagedelwede Boet am 5. d. M. vor dem Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion zu verantworten. Ursprünglich war er beschuldigt, für einen Schneidermeister einen Pässerschein zum Betreten der Kaserne zwecks Erlangung von Kundtschaft mit der Bedingung erwirkt zu haben, daß der Meister ihm von dem Betrag für jeden bestellten Anzug 5 M. geben sollte. Wegen dieses Vergehens war B. in erster Instanz zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, vom Oberkriegsgericht aber freigesprochen. Nunmehr aber hatte sich herausgestellt, daß er den Schneidermeister veranlaßt hatte, als Zeuge die Abmachung wegen der 5 Mark Provision als bloßen Scherz hinzustellen. Der Schneider ließ sich jedoch auf diese Zumutung nicht ein, und der Feldwebel wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

**Kiel.** Schwere Weststürme verursachten in der Ostsee und in den angrenzenden Gewässern Schiffverluste mit Menschenopfern. Stlich von Woen kollidierte ein unbekannter Schoner mit einem Dampfer und sank. Bei Stubben-

lobing ist eine unbekannteacht gerichtet. Der Schoner „Benz“ strandete bei Golland. In fast allen Fällen ist von der Mannschaft jede Spur.

**Hensburg.** Wie das Wahlgeheimnis von manchen Wahlvorstehern „bewahrt“ wird, das zeigte sich von neuem bei einer Verhandlung der Altonaer Strafkammer gegen fünf dänische Wähler aus Veert, Kreis Hadersleben. Diese waren von dem Schöffengericht wegen ruhestiftenden Germs und großen Ungehorsams gefasst worden. In der Verhandlung wurden sie aber sämtlich freigesprochen. Aus der Verhandlung vor der Strafkammer sei nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ folgendes hervorgehoben: Bereits bei der Wahlhandlung 1906 in Veert wurde als Wahlurne eine Pappschachtel benutzt, in der die Wahlklavert's genau so aufeinanderlagen, wie sie der Reihenfolge nach von den Wählern abgegeben waren. Wenn nun eine Urne nebenher geführt wurde über die nach und nach abgegebenen Stimmen, so konnte man genau feststellen, wer dänisch und wer deutsch gestimmt hatte. Ein Einspruch gegen diese Wahlhandlung seitens des Wahlleiters Klesby in Veert blieb damals erfolglos, erst durch wiederholte Interventionen erreichte man, daß bei der Wahl 1907 eine andere Urne zur Stelle gebracht wurde. Bei dieser Wahl glaubten Klesby und andere zu bemerken, daß eine Urne geführt wurde, in welche die Namen der Wähler in der Reihenfolge wie sie ihre Stimmen abgaben, aufgeführt wurden. Es würde also gleich wie 1906 festgestellt werden können, wie die Wähler gestimmt hätten. Um dieses zu vermeiden, ersuchte Klesby den Wahlvorsteher, die Urnenzettel zu mischen und die Kontrollisten zu entfernen. Das wurde vom Wahlvorstande verweigert. Als die Urnen nach Schluß der Wahlhandlung geöffnet wurde, zeigte es sich, daß die Urnen richtig große Urnen durch eine fälschliche Einrichtung so konstruiert war, daß die Klavert's mit den Urnenzetteln genau so aufeinanderlagen, wie sie hineingelegt waren und in derselben Reihenfolge wieder herausgenommen werden konnten. Klesby telephonierte nun an den Landrat in Hadersleben über jenes Wahlhandwerk. Der Landrat gab ihm vollständig recht und ersuchte Klesby, den Wahlvorsteher, Klesby's Hinzuziehen, aus Telephon zu rufen. Es kam jedoch nur der stellvertretende Wahlvorsteher, und diesen gegenüber wiederholte der Landrat das Selbst, was er Klesby gesagt. Als der Landmann Fall dem Wahlvorsteher von dieser Unterredung Mitteilung machte, rief dieser ihm zu: „Halten Sie die Zunge! Ich tue, was ich will, ob die Urne sich auch auf den Kopf stellen!“ Bei der Jüngstvernehmung erklärte der stellvertretende Wahlvorsteher Klesby's Hinzuziehen: „Die Urne sollte geführt werden, damit wir bei der nächsten Wahl wissen, wann wir uns ungefähr zu richten haben.“ Der Verteidiger hob noch hervor, daß der Wahlvorsteher dem Landrat versichert habe, das Wahlhandwerk zu verlegen, und daß er den Fall auf der Anklagebank hätte einbringen können, den man den fünf Wählern angewiesen habe.

**Hensburg.** Die neue Straßenbahn in Hensburg. Gleich erst dieser Tage der Betrieb der elektrischen Straßenbahn eröffnet worden ist, hat sie schon Freitag einen Unfallskandal herbeigeführt. Ein bei der Schiffswerft angestellter Gläubiger fuhr von seiner Arbeitsstelle auf dem Fahrrad durch die Werkstraße und rammte gegen einen Straßenbahnwagen, der sich auf einer Probefahrt befand. Der Unglückliche wurde noch eine Strecke von dem Wagen fortgeschleift und blieb dann auf dem Fahrdamm liegen. Sein Tod trat nach kurzer Zeit ein.

**Pant.** Prozeß gegen das „Norddeutsche Volksblatt“. Vor dem Landgericht Oldenburg i. Gr. gelangte am Donnerstag eine Berufungsfrage des Genossen Meke zur Verhandlung, der vom Schöffengericht Baref wegen Verleumdung eines Oldenburger Bauern zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Berufungsnahme war sehr umfangreich und erstreckte sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter. In dem kritisierten Falle hatte nämlich ein landwirtschaftlicher Arbeiter nach Schluß des Dienstjahres an seinen „Herrn“ noch etwas zu erhalten, statt — seiner Rechnung nach — noch Lohn zu erhalten! Der Verteidiger verlangte eine Geld- eventuell eine geringe Haftstrafe für den Angeklagten. Das Urteil erging dahin, daß die Strafe auf einen Monat Gefängnis herabgesetzt wurde. In der Begründung wurde ausgeführt, daß auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden „mußte“, weil die bisherigen Geldstrafen den Angeklagten „trotz seines Alters“ nicht zur Vorsicht bei Aufnahme derartigen Artikel bewegen hätten. Dem Staatsanwalt ist der eine Angeklagte „zu jung“, dem Gerichtshofe der andere Angeklagte „zu alt“ — man weiß wahrhaftig nicht mehr, wie man's den Herrschaften „recht machen“ soll.

## Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Elementarlehrer Bänke. Arbeiter Wöhm. Arbeiter Brandt. Arbeiter Brauch. Schmiedegeselle Brockmann. Oberlehrer am Johanneum Dr. Röhner. Arbeiter Brufe Arbeiter Drenckahn. Arbeiter Drems. Schmiedegeselle Gkmann. Menteiler Ehlers in Rurje. Arbeiter Freitag. Steuermann Geißelbrecht. Arbeiter Hamann. Arbeiter Hansen. Zimmermeister Hestl. Baunternehmer Howe in Travemünde. Arbeiter Hornmann. Arbeiter Junghans. Bote Kempke. Elementarlehrer Klöcking. Holzvoigt Knoop in Schattin. Buchbinderei-Faktor Kranz. Schuhmann Langlich. Direktor der Lübecker Maschinenbaugesellschaft Netze. Oberlehrer am Johanneum Meyer. Erbpächter Meyer in Krenpelsdorf. Schmiedegeselle Möller. Arbeiter Möller. Former Möller. Arbeiter Nürnberg. Krämer Panik. Arbeiter Pauls. Barbier Prien. Arbeiter Schlatow. Arbeiter Schmitt. Zimmergeselle Schmüller. Arbeiter Schöning. Elementarlehrer Schütt in Zummerdorf. Klempnergeselle Schulz. Gärtner Schwarz. Oberlehrer an der Realschule i. G. Dr. phil. Steffen. Oberlehrer an der Realschule Stemann. Kaufmann Stender. Arbeiter Tretow. Kutscher Tretow. Elementarlehrer Töden. Stuhlmahergeselle Wähe. Arbeiter Wahlz. Arbeiter Werth. Höter und Flaschenbierhändler Weisföhring.

Diese haben am 26. Juni 1907 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

## Theater und Musik.

Zu Wilhelm-Theater gab es am Sonnabend eine gelungene Aufführung von Sudermanns bekanntem Schauspiel „Die Chre“. Besonders die Herren Wahlberg als Traut, Braak als Mähling, Norden als Heineke, Pfund als Robert Heineke sowie die Damen Klinder als Frau Mähling, Lotte Klinder als Alma, Hartmann (Fräulein Mähling) und Deutloff (Frau Heineke) verdienen für ihre Leistungen Anerkennung. Das sehr zahlreich erschienene Publikum würdigte die Vorstellung mit verdientem Beifall.



**Stadthallen Theater.** „Die Fledermaus“, Strauß  
 beste Operette, flatterte am Sonntag wieder einmal über  
 die Bühne, mit ihren jugendlichen Melodien alles entzückend.  
 Bei der Aufführung wirkten mehrere Gäste mit, und da ist  
 es gewissermaßen ein Akt der Höflichkeit, dieselben zu er-  
 wähnen. Zunächst sei Herr Marix genannt, der  
 am Dirigentenpulte stand und für ein so stolzes,  
 lebendiges Tempo sorgte, daß die stündende Wirkung  
 des Wertes nicht ausbleiben konnte. Weiter galarte ein  
 Herr Bräuer als Frank. Seine Darbietung erhob sich  
 nirgends über das erträgliche Mittelmaß; wir hätten an der  
 Stelle dieses Herrn viel lieber Schütz gesehen, der den  
 Lübedern als famoser Gefängnisdirektor kein Fremder mehr  
 ist. Willig Gutes boten Frau Piorkowski als Rosa-  
 linde, Fräulein Lohar als Ubele, sowie Herr Hendrich  
 als Eisenstein. Auch die Herren Werner (Alfred) und  
 Demuth (Kalter) erledigten sich ihrer Aufgaben in be-  
 friedigender Weise. Dem Froch des Herrn Kandolph  
 konnten wir keinen rechten Geschmack abgewinnen; was er  
 gab, war humorlose Komik. Die Chöre klangen frisch; die  
 Ausstattung machte sich sehr nett. Das Fazit des Ganzen  
 ist deshalb als ein für das Publikum günstiges anzusehen.  
 Der Beifall des sehr gut besuchten Hauses war laut.  
 P. L.

„Zahlt man in seiner Gegend tüchtig Geld zur Partei-  
 tasse, so schicken einem die sozialdemokratischen Vorstände  
 die Patienten.“

Dazu schreibt unser Dresdener Parteiblatt: Da der  
 tapfere Doktor, der solche Behauptungen aufzustellen mag,  
 aus Dresden ist, so wollen wir seine Leistung hier niedriger  
 hängen. Es könnte nach seinen Ausführungen scheinen, als  
 wenn er in Dresden irgendwelche Erfahrungen nach der  
 Richtung hin gemacht hätte. Wir fordern den Herrn des-  
 halb auf, auch nur einen einzigen Beweis für seine Behaup-  
 tung zu erbringen. Wenn das der Herr aber nicht kann —  
 und dazu ist er nach unserer Kenntnis der Verhältnisse sicher  
 nicht im Stande — so hätte er wider besseres Wissen solche  
 Behauptungen aufgestellt, um so der gehäßten Sozialdemo-  
 kratie ein anzunehmen. Solches Verfahren richtet sich  
 selbst!

Zurückendend. Die „Nat. Ztg.“ wird von einem Leser  
 aufmerksam gemacht auf das folgende Urteil des Oberlandes-  
 gerichtes Marienwerder, daß in dem neuesten, 64. Bande  
 der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Seite  
 299 Zivilsachen II. abgedruckt ist: „Der Beklagte wird ver-  
 urteilt, mit dem an dem Giebel des Schuppens der Klägerin  
 errichteten Neubau von dem im Giebel des vorbezeichneten  
 Schuppens befindlichen Fenster, und zwar von dem unteren  
 Rande dieses Fensters an, soweit zurückzutreten, daß an-  
 einem über dem vorhandenen Giebelfenster angebrachten  
 gleichartigen, ungehörten Giebelfenster eines über dem vor-  
 handenen zweiten Stockwerk des Schuppens als errichtet gedach-  
 ten gleichartigen, ungehörten Giebelfenster eines über dem vor-  
 rechter, ungezügelter Haltung, dessen Standpunkt vor dem  
 Fenster so gewählt wäre, daß sein nach vorwärts gerichteter  
 Blick die Scheiben des Fensters 10 1/2 Zentimeter über dessen

Unterkannte kräfte, mit aufwärts gerichtetem Blick in der gan-  
 zen Breite des Fensters noch den Himmel sehen könnte.“

Ein dreifacher Mordmord ist dieser Tage in St.  
 Petersburg verübt worden. Am nachmittags 3 Uhr  
 eine Verwandte der Wittlerin des Hauses am Schlüssel-  
 burger Prospekt 25, Anna Melichnowa, einen Besuch machen  
 wollte und an der Tür klopft, ohne Antwort zu erhalten,  
 meldete sie das dem Hausknecht. Als die Türe geöffnet, bot  
 sich ihnen ein schauerliches Bild. Gleich bei der Eingangstür  
 fanden sie die Leiche der Hausbesitzerin mit zahlreichen  
 Wunden bedeckt in einer Manteldecke liegen. Im auflozenden  
 Zimmer lagen auf der Treppe, mit einem stumpfen Instrument  
 erschlagen, die 63jährige Jewdoka Sokolowa und eine Ver-  
 wandte der Hausbesitzerin, die 21jährige Antonina Judo-  
 mudrowa. Alle drei Leichen wiesen schwere Wunden am  
 Kopfe und am Hals auf; der Antonina war auch der Bauch  
 aufgeschlitzt. Die ganze Wohnung war durchwühlt, alle  
 Kommoden und Schränke waren erbrochen und eine Menge  
 Sachen geraubt. Der Ermordung muß ein verzweifelter  
 Kampf mit den Mördern vorausgegangen sein, von denen  
 bis jetzt jede Spur fehlt.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete  
 und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel Paul Ludwig; für  
 den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung.  
 Verleger: E. B. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
 sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Sand-  
 werker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich aus-  
 geführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Aus Nah und Fern.**

Ärztliche Reichsverbandstagen. Auf dem Arzttag in  
 München, über den ja wegen der rühmlichen Behandlung  
 der Berichterstatter auf dem Arzttag in Kassel kein Bericht  
 gebracht wurde, soll nach dem „Vorwärts“ Dr. Zuhrenbach  
 aus Dresden gesagt haben:

Für die vielen Anmerkungen und Be-  
 fehle zu unserer hochzeitlichen Dank.  
**W. Damm und Frau,**  
 geb. G. Schacht.  
 Zu vermieten eine abgeglichene Zwei-  
 zimmerwohnung (Gleisstraße 15, pt.)  
 Eine freundliche Zweizimmerwohnung im  
 Stügel zu vermieten. Preis 130 Mk.  
 Gr. Kielau 30, pt.  
 Logisgesuch. 2 junge Herren wünschen  
 Logis mit Kost. Arbeiterfamilie bevorzugt.  
 Beste Offerten an  
**Wilhelm Racke, Kl. Burgstraße 6.**

**1 Hausknecht**  
 der mit Pferden Bescheid  
 weiss.  
 In meiden Schwartau, Lübecker Straße 19.

**Konsumverein**  
 für Lübeck und Umgegend.  
 Für unsere Verkaufsstelle in Schwartau  
 eine  
**Verkäuferin oder ein junges**  
**Mädchen,**  
 welches Lust hat, sich als Verkäuferin auszu-  
 bilden, gesucht.  
 Gest. Bewerbungen erbitten wir bis zum  
 Donnerstag, den 11. Juli, an unsere Ge-  
 schäftsstelle, Fleischhauerstraße 30.  
**Der Vorstand.**

**Schuhmacher**  
 sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung.  
**C. Schulz, Chajostfr. 16.**  
 Gesucht eine ältere Frau bei Kindern.  
 Warenborststraße 34, I rechts.

Verloren auf d. Gewerkschafts- i. Schwartau  
 1 Herrenuhr m. Kette, 1 Portemonn, m. Zehn.  
 u. 1 Damenradfahrkarte. Der Find. w. geb.,  
 die E. abzul. bei A. M a g e n, Adlerstr. 46, II.  
 Die Beleidigung, die ich gegen Herrn W.  
 Nevermann ausgebrochen habe, nehme ich  
 hierdurch zurück. P. Meyer.

**Alb. Kock, Maler,**  
 wohnt jetzt: Beckergrube 43, pt.

**Adolf Hübner,** Uhrmacher u. Gold-  
 arbeit, Fünfhauß 13

Vereinigte Butterhändler  
 von Lübeck und Umgegend.  
**Allerfeinste Meiereibutter**  
 kostet Pfund 1,20 Mark.

**Holzarbeiter-Verband**  
 (Zahlstelle Lübeck)

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
 am Dienstag, d. 9. Juli 1907,  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung und Berichte.  
 2. Wahlen.  
 3. Einführung von Vertrauensmännern.  
 4. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Gold-, silb. u. West-Uhren,**  
 gut gehend, fast neu, Schlüssel-Uhren von  
 1,80 Mk. an werden spottbillig im Ver-  
 hand, Schildstraße 10 von 9-2 Uhr ver-  
 kauft.

Uhrfeder einsetzen 1,50 Mk.  
 Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.  
 1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen, Uhr-**  
 Königsstraße 62, b. d. Gürtstraße  
 Gebe rote Rabatmarken.



Für wenig Geld  
 eine umfangreiche wertvolle Bibliothek  
 zusammen zu stellen, ist mit Hilfe von  
 Reclams  
**Universal-Bibliothek**  
 leicht möglich. Diese in vielen Mil-  
 lionen von Bänden über den ganzen  
 Erdball verbreitete, bedeutendste deut-  
 sche Büchersammlung bietet in jezt  
 mehr als 4900 Nummern à 20 Pfennig  
 den vielseitigsten und gediegensten Les-  
 stoff, sowohl zur Unterhaltung als auch  
 zum Studium. Die Universal-Bibliothek  
 enthält mehr als 2500 Nummern Unter-  
 haltungslektüre der bedeutendsten Er-  
 zähler aus der Weltliteratur, mehr als  
 1400 Nummern Bühnenwerke und etwa  
 1000 Nummern wissenschaftlicher Texte.  
 Zu beziehen durch die  
 Buchhandlung Fr. Meyer & Co.  
 Johannisstraße 46.

**„Die Neue Zeit“**  
 — Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. —  
 Buchhandlung u. Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

**Was** **ist**  
 Gesetzlich **JO** Geschützt.  
**JO-N-OL**  
**OL**  
 Unerschützt.  
 Nichtklebendes, schnelltrocknendes  
**Fussbodenglanzöl.**  
 „Der Stolz jeder Hausfrau.“  
**John Jacobsen, J. H. Lenschau Nachf., Gr. Burgstr. 7.**

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Sie durch zur zeit. Nachricht, daß ich mit  
 dem heutigen Tage Meinmilitärze 12 a ein  
**Grünwaren-,**  
**Brotd- und Flaschenbiergeschäft**  
 eröfne.  
 In dem ich reelle und gute Bedienung zu-  
 sichere zeichne hochachtungsvoll  
**J. Ehlers.**

**Verband deutscher**  
**Schneider und Schneiderinnen**  
 und verw. Berufsgeoffnen Deutschl.  
 (Filiale Lübeck)  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
 am Dienstag, den 9. Juli,  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 48-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten  
**Theodor Schwartz:**  
 Bürgermeister Wittenborg's Schuld  
 und Sühne.  
 2. Der Lübecker Lohntarif und die Jume-  
 haltung desselben.  
 3. Verschiedenes.  
 Da der Vortrag des Genossen Schwarz,  
 sowie auch die übrige Tagesordnung wichtig  
 und lehrreich ist, werden die Kollegen und  
 Kolleginnen ersucht, recht zahlreich und pünkt-  
 lich zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Variété Universum**  
 Montag, den 8., und Dienstag, 9. Juni:  
 Zwei große  
 — Extra - Vorstellungen. —  
 Nur zweimaliges Gastspiel des berühmten  
 Zauberkinisters und Illusionisten Herrn Prof.  
 Luigi Marcathini unter Mitwirkung des  
 übrigen Künstler-Perionals. Anfang 8 Uhr.  
 Basspartouts sind ungültig.

**Wilhelm-Theater.**  
 Dienstag: 48. Abonnements-Vorstellung.  
 Großer Erfolg!  
 Zum 3. Male.  
**Franz von Schönthan's**  
**Klein Dorrit.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Mittwoch: Vorletztes Gastspiel Hoffhauspieler  
 Wahlberg.  
 Doppel-Vorstellung.  
**Die Zähmung der Widerspänstigen.**  
**Die Laune des Verliebten.**

**Stadthallen-Theater.**  
 Direktion: Ludwig Piorkowski.  
 24. Abonnements-Vorstellung.  
 Dienstag, 9. Juli, Anfang 8 Uhr:  
 Noch nie dagewesener Erfolg!  
**Die Fledermaus.**  
 Operette in 3 Akten von Strauß.  
 Rosalinde. . . Frau Dir. Piorkowski.  
 Mittwoch, 10. Juli, Anfang 8 Uhr:  
 Zum letzten Male:  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
 Biletvorverkauf bei Kaibel u. Borchert  
 Breitestraße und an der Theaterkasse.



## Giuseppe Garibaldi.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstags.

Von Wilhelm Bloß.

(Fortsetzung.)

Ganz Italien war um diese Zeit in Bewegung; das Bürgerium hatte die Führung der revolutionären Massen übernommen, die Fürsten hatten überall nachgeben und die bekannten Volksforderungen akzeptieren oder Verfassungen „verleihen“ müssen. Aber obwohl die von Mazzini geleiteten republikanischen und demokratischen Elemente sehr stark waren, gelang es doch einem Fürsten, der den Vertrauensbuzel des liberalen Bürgertums zu benutzen verstand, sich an die Spitze der Bewegung zu drängen und sie auf die bloße Einheit Italiens hinaus zu spielen. Dies war Karl Albert, der König von Sardinien, der bei der italienischen Demokratie wegen seines früheren verräterischen Verhaltens tief verhaßt war. Aber die Masse der Italiener wollte wie anderwärts auch hier lieber von einer hohen Obrigkeit als durch sich selbst befreit sein, und als es zum Kriege zwischen Sardinien und Österreich kam, strömten dem Sardenkönig aus ganz Italien Freiwillige in Menge zu. Er wollte es unternehmen, erst die Lombardei den Österreichern zu entreißen und dann als Führer der großen Einheitsbewegung sich zum König von Italien zu machen.

Das war nicht nach dem Sinne der italienischen Demokratie, allein sie war nicht imstande, der nationalen Strömung eine andere Richtung zu geben.

Als Garibaldi erschien, brauste ein Freudenjubiläum durch ganz Italien. Die Demokratie hatte ihr Schwert gefunden. Aber auch Garibaldi konnte gegen den Sardenkönig nicht aufkommen und wollte doch in dem eben ausbrechenden Kampfe nicht untätig bleiben. Er entschloß sich, in den sauren Apfel zu beißen und dem Sardenkönig seine Dienste anzubieten. Er wurde aber kühl abgewiesen. „Diese Menschen sind nicht wert, daß sich Herzen wie die unstrigen unter sie stellen!“ sagte Garibaldi grimmig zu einem Freunde.

Er organisierte nun ein Freikorps, mit dem er in der Lombardei sich auf eigene Faust gegen die Österreicher schlug. Von der sardinischen Regierung wurden ihm alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Er errang anfangs Vorteile gegen die Österreicher, zuletzt aber wurde er von der feindlichen Übermacht auf Schweizer Gebiet gedrängt. Dieser kurze Feldzug trug jedoch dazu bei, Garibaldis Popularität in Italien bedeutend zu steigern.

Der Sardenkönig war nach anfänglichen Erfolgen vom alten Radegky geschlagen worden. Es ward ein Waffenstillstand geschlossen, den man nachher immer wieder verlängerte.

Garibaldi fand in der Lombardei infolgedessen nichts mehr zu tun. Er kehrte nach Piemont zurück und wollte sich an die Spitze der Revolution auf Sizilien stellen. Da kam die Nachricht, daß in Rom die Republik proklamiert worden sei. Die Siege der Österreicher hatten die republikanische Partei zur äußersten Energie getrieben. In Venedig, in Rom, in Toskana kam es zur Schilderhebung; der Papst und der Großherzog von Toskana entflohen. In Rom war eine konstituierende Versammlung einberufen worden, die ein republikanisches Triumvirat einsetzte, von dem sogleich die Kirchengüter als Nationaleigentum erklärt wurden.

Garibaldi fühlte, daß die Entscheidung des großen Kampfes in Rom fallen werde, und er eilte sogleich dahin. Inzwischen hatte Karl Albert die Feindseligkeiten gegen Radegky wieder aufgenommen. Er wurde in dem nur sechs Tage währenden Feldzuge vom März 1849 bei No-

vata von Radegky bis zur Vernichtung geschlagen und entflohen ins Ausland, das Königreich Sardinien seinem jungen Sohne Viktor Emanuel überlassend, der mit Österreich Frieden schloß. Infolge der Siege der Österreicher gewann die Reaktion in fast ganz Italien die Oberhand, und schon im Frühjahr hatten die italienischen Republikaner nur noch Venedig und Rom in Besitz.

Während Österreich sich mit allen seinen in Italien disponiblen Streitkräften auf das von dem energischen Diktator Manin tapfer verteidigte Venedig warf, brach der Papst, der in dem festen Gaeta saß, gegen die römische Republik eine Art Kreuzzug zustande. Frankreich, nur dem Namen nach eine Republik, da es bereits die Beute des künftigen Dezemberschlächters Louis Bonaparte zu werden im Begriff war, sandte als „katholischer Staat“ dem Papst eine Armee zu Hilfe; auch Neapel, Spanien und schließlich Österreich sandten Truppen gegen die römische Republik.

Garibaldi kam gerade nach Rom, als die konstituierende Versammlung beschlossen hatte, die Franzosen, die man anfangs, infolge der Winkelzüge der französischen Diplomatie, für Freunde hielt, mit Gewalt zurückzuweisen. Er brachte etwa 2000 Freiwillige mit und wurde mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Ein Zeitgenosse sagt:

„Dieser mysteriöse Held, den eine so hellstrahlende Ruhmessonne umgibt, war in den Augen des römischen Volkes der einzige Mann, der die Fähigkeit besaß, das Widerstandsdekret aufrecht zu erhalten. In demselben Augenblick auch schloß sich die Volksmenge an den Mann, der die Bedürfnisse des Augenblicks in seiner Person allein trug und die Hoffnung aller war.“

Das Volk von Rom gab ihm den Generalstitel wieder, den ihm die Offiziere Karl Alberts bestritten hatten. Dennoch erhielt Garibaldi den Oberbefehl bei der Verteidigung von Rom nicht. Man gab ihm 2700 Mann, mit denen er die gefährlichsten Punkte der Stadt, gegen die sich der Angriff der Franzosen zuerst richten mußte, zu verteidigen hatte. Er ward damit inbessenen die Seele der Verteidigung überhaupt.

Die Situation überblickend, schlug Garibaldi eine republikanische Militärdiktatur vor als das einzige Mittel, 100 000 Mann auf die Beine zu bringen. Man hätte ihm eine solche Diktatur ruhig anvertrauen können; sein Charakter war eine Bürgschaft, daß er sie nicht mißbraucht haben würde. Er war kein Görgey! Vielleicht hätte der Kampf einen anderen Ausgang genommen. Aber der Vorschlag ward abgelehnt. So kam es, daß zur Verteidigung der Stadt Rom nur ganz geringe Streitkräfte aufgeboden werden konnten. Die Römer jubelten der Republik zu, aber die Masse kämpfte nicht mit. Obwohl Rom mit der Agrargemeinde 300 000 Einwohner zählte, und obwohl die Blüte der revolutionären Jugend Italiens nach Rom strömte, so belief sich die Zahl der Verteidiger doch nur auf 15 000 Mann, die eine offene Stadt mit ihren ausgebreiteten Linien gegen eine dreifache Übermacht auf die Dauer nicht halten konnten.

Die Verteidigung Roms gestaltete sich zu einem Heldenkampfe, wie ihn die Geschichte nicht oft aufzuweisen hat, und die revolutionäre Jugend Italiens verströmte hier ihr edles Blut für eine von vornherein verlorene Sache.

Die Franzosen unter dem General Dudois suchten sich als „Freunde“ hinterlistig in die Stadt einzudrängen, wurden aber an der Porta Cavalleggeri von Garibaldi mit blutigen Köpfen zurückgeschlagen. Darauf trat ein Waffenstillstand ein, den Garibaldi benutzte, um sich rasch der heranziehenden neapolitanischen Armee entgegenzuwerfen. Er schlug sie bei Palestrina dermaßen, daß sie nach Neapel

floh und nicht wieder kam. Die französische Diplomatie versuchte nochmals die Römer zu betrügen, damit diese die Franzosen als „Freunde“ einrücken lassen sollte. Allein die Franzosen wurden an der Porta San Pancrazio wieder von Garibaldi blutig abgewiesen. Jetzt erklärte endlich die französische Regierung, daß sie den Kirchenstaat wieder herstellen wolle, und Rom wurde förmlich belagert. Vom 12. bis 30. Juni tobte der Kampf unaufhörlich um die Mauern Roms, die Verteidiger zeigten die äußerste Tapferkeit und Fähigkeit, Garibaldi setzte sich allen Gefahren aus. Aber die Übermacht siegte schließlich, und am 30. Juni erschien Garibaldi in der konstituierenden Versammlung, um ihr den Vorschlag zu machen, Rom mit dem Reste der Verteidiger zu verlassen. Er erzählt:

„Als ich an der Tür des Sitzungssaales erschien, erhoben sich alle Deputierten von ihren Plätzen und riefen mir Beifall zu. Ich sah mich selbst an, um herauszufinden, was ihren Enthusiasmus erweckt hatte: ich war mit Blut bedeckt, meine Kleider waren von Kugeln und Bajonettstichen durchlöchert, mein Säbel war von dem Kampfe so verbogen, daß er nur noch halb in die Scheide ging.“

Aber die Versammlung sah, daß alles verloren war, Sie beschloß auf den Vorschlag Cernuschis:

„Die römische konstituierende Versammlung hebt eine Verteidigung auf, die unmöglich geworden ist. Diese hat ihr Ende gefunden.“

Am 3. Juli 1849 sollten die Franzosen einrücken. Garibaldi wollte sich nicht ergeben; er faßte den kühnen Plan, zu versuchen, Venedig zu erreichen, von dessen Zinnen noch das Banner der Republik wehte. Er machte sich damit gewissermaßen vogelfrei, aber 2500 Mann schlossen sich ihm an. Er erreichte mit ihnen die kleine Republik San Marino, wo er seine Freischar auflösen mußte. Er selbst suchte auf Böden mit einiger Mannschafft Venedig zu erreichen, aber es gelang ihm nicht. Er wurde von den Österreichern, die einen Preis auf seinen Kopf gesetzt hatten, wie ein Wild gejagt.

Wita war ihrem Gatten in alle diese Kämpfe und Gefahren gefolgt; keine Vorstellungen hatten sie davon abhalten können. Aber jetzt erlag das tapfere Weib; sie befand sich in höchstwanerem Zustand, und sie starb an Erschöpfung, während Garibaldi vor seinen Verfolgern fliehen mußte. Seine Empfindungen in dieser furchtbaren Situation hat er mit ergreifenden Worten geschildert. Solange man an Garibaldi denkt, wird man auch seine hochherzige Gefährtin nicht vergessen.

Der „rote Teufel“, wie die Österreicher Garibaldi wegen seiner roten Bluse nannten, entrannt unter märchenhaften Abenteuern nach Piemont. Dort ließ man ihm die Wahl zwischen Verhaftung und Verbannung. Er wählte die letztere und ging zuerst nach Tunis, wo er nicht aufgenommen wurde, dann nach der Insel Maddalena, wo ihn die sardinische Regierung nicht duldete, dann nach Gibraltar, wo ihn auch das „gasliche England“ auswies, und dann nach Tanger in Marokko, wo man ihn endlich in Ruhe ließ. Von da begab er sich, nachdem er an seinen Denkwürdigkeiten gearbeitet, nach Newyork, wo der ehemalige General der römischen Republik in einer Lichtfabrik angestellt wurde. Dies sagte ihm nicht zu, und bald übernahm er wieder die Führung von Handelschiffen, mit denen er weite Fahrten machte.

Nach dieser großen Niederlage der bürgerlichen Erhebung in Italien setzte eine Reaktion ein, die schonungslos alle Errungenschaften der Revolution niedertrat. Die vormärzlichen Zustände wurden soweit als möglich wieder hergestellt; die alte Zersplitterung und Kleinstaaterei entstand von neuem. Sie erweckte aber auch von neuem die

## Das goldene Kreuz.

Roman von Karl Benzmer.

7. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Mit Löwenmut arbeiten die kühnen Ruderer, die sich durch die marktschütternen Schreie vom Schiff bis zur äußersten Anspannung menschlicher Kraft und Leistungsfähigkeit aufrufen. Mit einer Meisterschaft führt Antje das Steuer, die allen Bewunderung abringt; zu viel hängt an der Sicherheit ihres Auges, da die kleinste Abweichung von der richtigen Bahn den Tod im Gefolge hat.

Gott sei Dank! Immer näher und deutlicher hören die Rettenden im Kutter die Hilferufe und das Wimmern der mit den Wogen Ringenden, sehen können sie nichts. Nur das jammernde Klagen der Schiffbrüchigen ist ihr Leitstern; ein Beweis, daß sie sich, wenn auch langsam, dem gefährlichen Ziel nähern.

Endlich ist der große Schiffsrumpf erreicht! Halb zerschellt liegt die stolze Fregatte da; ein zerkümmertes, dem Spiel der Wellen preisgegebenes Wrack. Ein heller Schrei jubelnder Freude von den Lippen der Gestrandeten ertönt den brausenden Wogenprall, verkündet denen am Strande, daß die Helden am Ziel sind.

Jetzt aber stehen die kühnen Schiffer vor dem gefährlichsten Punkt des waghalsigen Rettungswerkes. Bei dem Schiffsrumpf in solchem Wellengange anlegen, die Bedrängten bergen, die in halbtoter Erstarrung an den Raaen, Wanten und Trümmern sich angeklammert oder festgebunden haben, und dann mit dem menschengefüllten Kutter in der vollenden See über Stag gehen oder halsen, — das ist eine Titanenarbeit! Sie muß aber getan werden, und Hindrick und seine kleine Antje bewältigen diese Riesenaufgabe unter dem treuen Beistand der zwölf Helden.

Zehn halberstarrte Menschen — acht hatte das rasende Element in den Abgrund gezerrt — werden mit der größten Lebensgefahr in den Kutter geborgen. — — —

Die Rückfahrt mit dem menschenüberfüllten Fahrzeug war das Gewaltigste des Unternehmens, und — sie gelang! Glanzvoll bewährten sich bei dieser Aufgabe, die ein erprobtes Auge und die ganze Spannkraft des kundigen Seemanns erforderte, um eben das übervolle Fahrzeug bei der hochgehenden See vor dem Kentern zu wahren. — Hindrick und

Antje! Heldenmützig wurden sie von den wackerern Ruderern unterstützt.

Mit einem gellenden, den Aufruhr der Elemente überstimmenden Freudensturm wurden die Insassen des Rutters, alle klatschnaß von den über sie hingegangenen Sturzseen, von der ängstlich am Strand ihrer harrenden Menschenmenge in Empfang genommen.

Die Einwohner von Gongis rissen sich förmlich um das Glück, die erstarrten Fremdlinge in ihren Häusern unterzubringen. Jeder wollte an dem Werk der Menschenliebe teilhaben; mit jubelnder Anerkennung wurden die Retter überschüttet. Antje Lebermann, der Abgott des ganzen Dorfes, ging unter Liebkosungen von Hand zu Hand. Hindrick Niemann war der Löwe des Tages und sein Herz war der Freude und des Entzückens übervoll.

15.

In Peter Lebermanns Krugstube waren während der schrecklichen Katastrophe auf dem Meere Frau Mariel und Niclas Bradhering geblieben; erstere die Brust voll Mut über den freien Findling und voll nagernder Sorge um ihr Kind, das trotz ihres strengen Verbots sich wieder der schlimmsten Gefahr preisgab; letzterer apathisch dreinschauend und seine Pfeife Zabat schmauchend. Grollend haßete ihr Auge auf diesem energielosen Menschen, der nicht das Zeug hatte, ihrem schönen Mädchen zu imponieren, seine letzte Kraft an des Lebens befreite Aufgabe zu setzen; prügeln hätte sie den Tolpatsch können! Welch kleines Licht war er dem bildhübschen Findling gegenüber!

Eben wollte sie ihm seine plumpe, läppische Art vorhalten, als die Tür aufschloß und aufgelöst in Angst und Seelenpein Peter Lebermann hereintrat, ein Bild der mildesten Verzweiflung. Er hatte, als Antje sich seinen Armen entwunden und tollkühn in den Rettungskutter gesprungen war, der schauerlichen Szene auf dem Meere den Rücken gewandt und war sorgenvoll seinem Hause zugewandt. Er konnte nicht über sein Herz bringen, jenen furchtbaren Kampf anzusehen, an dem ja auch seines Kindes Leben hing. Halb ohnmächtig warf sich der starke Mann auf seinen Sorgenstuhl, vergrub das Gesicht in die Hände und schluchzte bitterlich. Voll Besorgnis trat Mariel vor ihn hin.

„Du flennst, Peter? Was ist draußen passiert und wo ist unsere Antje?“ fragte sie mit fliegendem Atem. „Unmög-

lich kannst Du ihr gestattet haben, mit den Männern in die Brandung zu stechen?“

„Kannst ich sie halten, Mariel?“ fragte der Alte händeringend. „Ich hatte sie mit meinen Armen umklammert, aber wie ein Bal wand sie sich heraus, und schwunns war sie im Kutter, die kleine Wetterhege. Die schöne Fregatte liegt auf'm ersten Riff fest, Masten gekappt und ist am Sinken, graufiges Geheul von Menschen! Wenn unsere Antje in Schuß hört, ist sie förmlich behext und keine Macht hält sie mehr im Netz, das Schicksal schüße sie und alle!“

„Nabenvater!“ zischte ihm Mariel, von Angst gefoltert, ins Ohr. „Jesus, der Mann vermag sein Kind nicht einmal zu hüten vor dem, was nicht des Weibes ist! Wer anders wie Du trägt die Schuld an ihrer Leidenhaft, die ganz gegen die Natur der Jungfrau ist? Hast Du das Mädchen nicht schon von Kind an mit in die See hinausgenommen?“

„Ja, Lebermann, Mutter hat recht“, bekräftigte Niclas, indem er einen dicken Bass aus seiner Tasche in die Stube hineinwarf, „mir war's auch immer wider den Strich.“

„Hab's getan, Mariel“, entgegnete Peter, dem durch des Bauern Gemüsch die Galle ins Blut gegangen war. „Was klammer Dich die Sache, Niclas? Schweig, bis Du gefragt wirst!“ herrschte er ihn verächtlich an. „Warum tat ich's, Mutter?“ fragte er Mariel mit weichem Tonfall, „weil ich meine Tochter lieb habe; sag, was hat sie bei Dir zu Hause?“

„Wie sprichst Du, Peter!“ fiel ihm Mariel unwirsch ins Wort, indem sie die Arme über der Brust kreuzte. „Ich habe mein Kind just so lieb wie Du und hättest Du mir allezeit beigegeben, in dem, was ich gewollt, wäre die Freie längst fertig gewesen, weißt Du das? Nun kassiert Antje mit dem Findling, aber nimmer soll — — —“

„Daß doch das jetzt, Weib!“ schrie Peter wild auf und hielt sich beide Ohren zu. „Gott, mein Gott, sie mag schon brinlegen! Da draußen ist's entsetzlich, Du ahnst nicht, wie die See rumort, der Himmel schüge mein Kind!“

Verzweifelt neigte der Alte das Haupt auf die Brust, faltete die Hände und betete. Mariel rannte in Angst auf und ab; der feige Bauer aber fühlte sich berufen, zur Unzeit seinem Groll Luft zu machen.

„Wißt, Lebermann, mit dem Findling ist sich Gute Tochter längst eins“, sprach er hämisch, „habe beide im Müß belauscht, als der Hindrick von der letzten Fahrt heimkehrte.“



Schnur nach Einheits. Nun wurde oben oben herab in die Hand genommen, was dem Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie mit der Volkshebung mißlungen war; die sardinische Monarchie stellte sich abermals an die Spitze der Einheitsbestrebungen. Viktor Emanuel berief die liberalen und konstitutionellen Minister d'Azeglio und Cavour, die zunächst ernsthaft gegen die Pfaffen vorgingen und sowohl die geistliche Gerichtsbarkeit als die Klöster beseitigten. Cavour schloß ein geheimes Bündnis mit Napoleon III., wodurch er den Krieg mit Österreich von 1859 herbeiführte. Napoleon III. ließ seine Armee unter der Devise „Freiheit bis zur Adria“ in Italien einrücken.

Garibaldi war 1854 nach Italien zurückgekehrt. Er hatte in Genua seine Kinder wieder zu sich genommen und sich auf Caprera angesiedelt. Er fügte sich in die Umstände, wie damals so viele italienische Patrioten taten; der Republikaner trat auch bei ihm hinter den Patrioten zurück. Das Mißlingen der verschiedenen republikanischen Putsch, die der nimmermüde Mazzini anstiftete, scheint auch dazu beigetragen zu haben, daß sich Garibaldi dem italienischen Nationalverein angeschlossen. Der in Übereinstimmung mit Cavour auf eine Einigung Italiens unter dem Hause Savoyen hinarbeitete. Er wurde Vizepräsident des Nationalvereins. Allein er war doch schwankend und konnte zu keinem definitiven Entschluß kommen, ob er sich der sardinischen Dynastie unterordnen sollte oder nicht. Noch 1859 wollte er mit seinem Freunde und Waffenführer Rino Bisio nach Amerika auswandern, aber auch hier schwankte er.

Als der Krieg von 1859 zum Ausbruch kam, wendete sich Mazzini aufs heftigste gegen das Bündnis mit Napoleon III.; er meinte, Italien sei stark genug, um selbst die Österreicher zu verdrängen und seine Einheit zu schaffen; er wollte auch von der Führung der Bewegung durch eine Dynastie nichts wissen und trat unentwegt für die Republik ein.

Garibaldi da gegen, der von Cavour aufgefordert wurde, ein Freikorps zu bilden, folgte diesem Rufe und ordnete sich dem Sardenkönig unter. Noch schwerer als dies mag es ihm geworden sein, im Bunde mit demselben Napoleon zu kämpfen, der die römische und die französische Republik in Strömen von Blut ertränkt hatte. Aber er tat es.

So schieden sich hier die Wege der beiden großen Italiener, die bis dahin zusammen gegangen waren. „Mazzini“, sagt ein Zeitgenosse, „wollte eine große und starke Republik Italien, Garibaldi nur ein großes und starkes Italien, gleichviel unter welcher Regierungsform.“

Während Mazzini starr auf seinen Prinzipien stand, dachte Garibaldi wohl die sardinische Dynastie zu unterstützen, um sie nachher seinen Ideen und Bestrebungen dienlich zu machen. Darin ist er gründlich enttäuscht worden, denn Staatsmann war er nicht und der diplomatischen Gewandtheit und Schaulheit Cavour's war er nicht gewachsen. Er hat die Einheitsbewegung Italiens mächtig gefördert, aber er hat damit auch die sardinische Dynastie befestigt und sie zur Alleinherrscherin in Italien gemacht. Diese Dynastie hat ihn ausgenützt. Wohl hat das italienische Volk die Einheit bekommen, aber die Hauptarbeit für die Befreiung aus seinem Elend ist nach zu tun. Die Klassenherrschaft hat in diesem eben so schönen als unglücklichen Lande so schlimme Auswüchse getrieben, daß alljährlich eine moderne Völkerwanderung über seine Grenzen stattfindet von lauter Menschen, die sich in ihrem Vaterlande auch bei ihrer bekannnten Bedürfnislosigkeit nicht ernähren können. Garibaldi hat übrigens noch in einem alten Tagen die Bedeutung der sozialen Probleme erkannt.

Unter großen Schwierigkeiten gelang es Garibaldi, als sardinischer General ein Korps von 5000 Freiwilligen zu organisieren, die er Alpenjäger nannte. Er errang gegen den österreichischen General Urban in harten Kämpfen verschiedene Vorteile, die seinen Feldherrnruf erhöhten, aber die Entscheidung fiel bei Magenta und Solferino. Über den schnellen Frieden von Villafranca war er sehr erbittert.

Die italienischen Kleinstaaten vertrieben ihre Regierungen und schlossen sich Piemont an; nur Neapel und

der Kirchenstaat blieben bestehen. Garibaldi ward berufen, die toskanische Division neu zu organisieren, und wollte die Gelegenheit benutzen, in den Kirchenstaat einzufallen, worauf er zur Disposition gestellt wurde. Versäumt ging er nach Caprera, den er hatte an dieses Unternehmen große Pläne für ganz Italien geknüpft. Im Jahre 1860 wurde er in das Parlament zu Turin gewählt, wo er gegen die Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich protestierte und dann sein Mandat niederlegte.

Am diese Zeit verheiratete sich Garibaldi mit einer schönen und reichen Mailänder Aristokratin aus der Familie Raimondi; noch am Hochzeitstag aber überzeugte er sich, daß sie ihn schmähtlich betrogen hatte. Er trennte sich sogleich von ihr und erkannte ihr Kind später nicht an; die Scheidung der Ehe erfolgte erst nach zwanzig Jahren.

In Italien standen sich zwei große Richtungen gegenüber, die „liberale Union“ und die „bewaffnete Nation“. Der ersteren gehörte Cavour an und sie unterstützte seine Politik, die nach 1859 von weiterer Anwendung von Waffengewalt zur Einigung Italiens vorläufig absehen wollte. Zur letzteren gehörte Garibaldi. Die „bewaffnete Nation“ drängte auf weitere Aktionen; Garibaldi betrieb eifrig die Beschaffung einer Million Gewehre für das italienische Volk, deren Kosten durch Sammlungen aufgebracht werden sollten.

Auf Sizilien, wo der Druck des bourbonischen Absolutismus unerträglich geworden, war wieder ein Aufstand ausgebrochen. Garibaldi beschloß, von Sizilien aus den Angriff gegen Neapel zu beginnen. Er verständigte sich mit Cavour; Garibaldi machte zur Devise seines Unternehmens „Italien und Viktor Emanuel“. Dafür verhinderte die sardinische Regierung die Vorbereitung des Unternehmens nicht. So konnte Garibaldi mit seinen berühmten tausend Freiwilligen auf zwei Dampfern nach Sizilien übersetzen. In diesem Freikorps befand sich eine Auslese der kriegerischen Demokratie Europas; man sah Turin, Rino Bisio, Sirtori, Menotti Garibaldi, den Sohn des Generals, Desfio, den ehemaligen französischen Abgeordneten, Wilhelm Küstow, Cluseret und andere. Mazzini unterstützte das Unternehmen nach Kräften; er nahm wohl an, es werde Garibaldi mit der Parole „Viktor Emanuel“ nicht allzu ernst sein, während Cavour annahm, er brauche in diesem Falle Garibaldi's republikanischen Ruf nicht zu ernst zu nehmen. Im Falle einer Niederlage Garibaldi's hätte man diesen in Turin sicher verlegt. Indessen taten die Behörden, als sei es ihnen nicht möglich gewesen, die 20 000 Gewehre, die Garibaldi in Genua lagern hatte, mit Beschlag zu belegen.

Am 11. Mai 1860 landete Garibaldi mit seinen Tausend bei Marala, und am 15. Mai schlug er die Neapolitaner unter Landi bei Calatani, wo er mit seinem ganzen Generalkorps im Handgemenge focht. Er rückte dann rasch auf Palermo, das sich bei seinem Herannahen erhob. Ob schon die Stadt von einer starken neapolitanischen Armee und einer Flotte gedeckt war, wurde sie von Garibaldi nach heftigem Kampfe genommen. Dies war eine seiner größten Waffentaten. Garibaldi hatte schon vorher die Diktatur über Sizilien übernommen und die Jesuiten ausgewiesen.

Aus Wien und Petersburg kamen heftige Proteste gegen den „Secränder“ Garibaldi und seine Beschützer in Turin. Aber die Rivalität zwischen Frankreich und England verhinderten eine Intervention.

Garibaldi setzte rasch nach dem Festland über und nahm Neapel. Das bourbonische Reich brach zusammen.

Die Situation spitzte sich nunmehr zu. Im Kirchenstaat und namentlich an dessen Grenzen begann es zu gären. Alles erwartete nun einen Vorstoß Garibaldi's gegen Rom. Da griff Napoleon III. ein, der in Garibaldi wieder den Republikaner sah, namentlich nachdem Mazzini bei demselben erschienen war. Er verständigte sich mit Viktor Emanuel und dieser gab Garibaldi der französischen Politik Preis, wofür aber Napoleon zustimmte, daß Viktor Emanuel die römischen Marken und Umbrien besetzen sollte. Nur Rom und das

sogenannte Patrimonium Petri sollten dem Papst bleiben. Der sardinische General Cialdini brach in den Kirchenstaat ein und schlug die päpstlichen Truppen bei Castelfidardo. Das piemontesische Heer rückte rasch nach Süden, und Viktor Emanuel traf mit Garibaldi zusammen. Dieser hatte nach langem Schwanken mit Mazzini gebrochen. Nun aber wurde auch er beiseite geschoben. Viktor Emanuel dachte kühnlich genug, einen solchen Mann mit Orden, Stellen und Geld befriedigen zu können, obwohl Garibaldi mit bezug auf die Ordensausstellungen von einer „königlichen Aulcafferie“ gesprochen hatte. Garibaldi lehnte alles ab. Aber der offizielle Apparat, der mit dem König gekommen war, drängte nun Garibaldi in den Hintergrund; man benutzte die Parole „Italien und Viktor Emanuel!“ um die Sache so erscheinen zu lassen, als hätten Garibaldi und seine tapferen Gefährten nur für die sardinische Dynastie gekämpft, und der König sei gekommen, das für ihn pflichtschuldigst eroberte neapolitanische Reich allergnädigst in Besitz zu nehmen. Die tapferen Freischaren wurden von aufgestellten piemontesischen Offizieren hochfahrend behandelt, und die Verurteilungen, die man ihnen gemacht, wurden sehr schlecht gehalten.

(Schluß folgt.)

## Ist die Genossenschaftsbewegung ein Teil des proletarischen Klassenkampfes?

In seiner sehr lehrreichen Schrift\*) über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1906 polemisiert der Verbandssekretär Heinrich Kaufmann gegen einen Auspruch des Professor Werner Sombart und gegen die Meinung vieler anderer Leute, daß die Genossenschaftsbewegung eine Seite des proletarischen Klassenkampfes sei. Seine Ausführungen scheinen uns bedeutungsvoll genug, um ihnen hier in ihrer Ausdehnbarkeit Raum zu geben. Er sagt in Anknüpfung an Sombarts Hinweis auf die Resolution des internationalen sozialistischen Kongresses in Paris im Jahre 1900, in der die genossenschaftliche Organisation als ein Mittel der Erziehung der Arbeiter zum Bewußtsein ihres Klasseninteresses und ihrer Macht als Klasse gekennzeichnet wird, folgendes:

Daß die Auffassung von dem Genossenschaftswesen als eine Seite des proletarischen Klassenkampfes, die in der Pariser Resolution von 1900 zum Ausdruck kam, sich nicht mit der Auffassung deckt, die für die sozialdemokratische Partei Deutschlands maßgebend ist, zeigt die wiederholte Stellungnahme dieser Partei zu der Genossenschaftsbewegung. Zugleich mag bemerkt werden, daß die sozialdemokratische Partei gerade das in sich verkörpert, was Sombart als den Begriff „soziale Bewegung“ definiert. Sie, und zwar sie allein, ist diejenige Massenbewegung, die mit klarem Willen eine kommunistisch-demokratische Gesellschaftsordnung herbeizuführen befreit ist. Sie ist es allein, die die Herbeiführung einer solchen Wirtschaftsordnung offen als ihr Ziel hingestellt hat und in ihrem Programm fordert. Ist dies aber der Fall, so ist meines Erachtens auch sie allein berufen, zu entscheiden, welchen Wirtschafts- und Organisationsformen sie entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Fessel der Lohnsklaverei beimißt. Das Chemnitzer Programm (1866) forderte Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Das Eisenacher Programm (1869) forderte staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien. Das Gothaer Einigungsprogramm (1875) forderte, um die Förderung der sozialen Frage anzubahnen, die Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften seien für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entspringe. Das Erfurter Programm (1891) enthält über das Genossenschaftswesen nichts.

Die Sombartsche Ansicht, daß die Genossenschaftsbewegung eine Seite des proletarischen Klassenkampfes sei, ist also nicht etwa eine neue Entdeckung, sondern eine Ansicht, die von der deutschen sozialdemokratischen Partei längst überwunden ist. Die belgische, nach Sombart höhere Form

\*) Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. Preis 2 Mk. Hamburg 1907. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Die beiden schnäbelten sich wie zwei Tauben und verschworen sich für ein ganzes Leben. Ich war aus Rand und Band dabei, Mutter, denn auf mir hatten sie sich rum wie auf einem Holzstiel, kein gutes Haar ließen sie an mir. Der Fingling wollte mich kielholen, was er ja heut' abend getan hat, der Galante, obwohl Antje es ihm verbot. Warte her, Dir schreib ich das Fieber so ab, daß Dir Hören und Zehen vergeht, es ist noch nicht aller Tage abend!

16.

Des Bauern hohle Bräuterei wurde plötzlich durch einen rauhen Freudenstreich unterbrochen, der das Rollen des Reeres überhörtend — das Gemitter hatte sich ausgetobt — am Strande her an das Ohr derer in der Krugstube schlug. Niemand ging die Pfeife aus: Frau Mariets Antje zeigte erklärte Freude: auf Flügeln der Vaterliebe ließ Peter Lebermann aus dem Zimmer, seinem Auge hat sich ein Bild es Friedens und der Ruhe.

Nur noch aus der Ferne hörte man das dumpfe Grollen es Donner's, sah man das zuckende Leuchten der Blitze. Den Abendhimmel umwob azurine Bläue und die Sterne linsten und stimmerten da oben so freundlich, als ob sich nicht eben da unten ein fürchterliches Ereignis abgerollt hätte. Kein Zeichen deutete mehr auf den Anbruch der Elemente. Die Sonne sank majestätisch in das Meer und warf ihre Juroten Strahlen garben über die unendliche Wasserfläche in, die sich immer noch nicht beruhigen wollte, sondern unangeseht stampfte und roste und ihre schäumenden Wellen in den Strand schleuderte.

Als Peter Lebermann in der Ferne sein Kind, sein heiß-erleuchtetes, erschauerte, ging ihm in seliger Vaterfreude das Herz weit auf und ein leuchtender Blick aus Antje's Auge auf ihn.

Aber dem Dünenfamm wälzte sich ein dichter Menschenrom dem Lebermann'schen Krug zu: vier Marietten trugen in zarter Hand eine unheimlich ohnmächtige Frau. Allen bran lief Antje, so beschneit, daß sie triefte: mit Arm trug e ein schäbliches lebendes Kind. Mit unglücklich liebevollen Blick irrte ihr Auge den Vater. Wie gern wäre sie ihm in den Hals gesessen, hätte nicht die Menschenwürde sie an es Weib gebunden, daß sie nicht zum Vorn kommen durfte. „Wartet“

„Wartet“ die sie mit ihrer lägen Lou ins Haus durch te Kuchentaste an der schauernden Mutter vorbei in ihr

Kammerlein, in langen Zügen das triefende Wasser hinter sich lassend. Behende hüllte sie, als wär's ihr Eigen, das mähig zarte Geschöpf in ihr schneeweißes Bettchen ein und stellte kühngerecht Belebungsversuche an.

Durch Erfahrung war Antje geschult in den Handgriffen, die sie an Geretteten als junges Ding schon hatte vollziehen helfen. Und Gott sei Dank! Bald schlug der Knabe die braunen Augen auf, und nachdem ihm Antje die nasse Kleidung abgenommen, ließ sie ihn zärtlich wieder in die Kissen sinken und hing sein Zeug zu schnelleren Trocknen auf. Als er sanft einschummert war, trat sie, am ganzen Leibe förmlich geschunden, in die Stüberstube.

„Ist alles fertig, Mutter? Betten in Bereitschaft und Wasser heiß?“ fragte Antje unbefangen die Alte, der das Herz in Seligkeit aufging, als sie ihr Kind wieder vor sich sah. „Es kommen gleich noch zwei Vornehme, Mann und Frau.“ fügte sie leise hinzu und blühte aus dem offenen Fenster in den Strand hinaus.

Der Tochter Weckruf wirkte wie ein Friedenswort auf die eben noch so ergrimmt und innerlich erschütterte Mutter. Das bittere Wort des Vorwurfs, das sie für Antje bereit gehabt, erstarb ihr auf den Lippen vor Freude des Wiedersehens nach so grüner Gefahr: ihr Groll hatte sich verflüchtigt vor der Menschenpflicht, die jetzt in ihre Rechte trat. Durch die rührendsten Beispiele hat sich die Nächstenliebe an der deutschen Meeresküste bei Strandungsfällen betätigt! —

„Geh jetzt und ziehe Dich um, Kind; bist ja leichenblau und förmlich erstarret, tue mir das izz Leben nicht wieder!“ sprach Frau Mariet zärtlich und trieb mit der Hand über Antje's feuchtes Gesicht. Dann ging sie hinaus, um persönlich die Vorbereitungen für die Aufnahme der Geretteten zu leiten.

Ohne den wortlos dastehenden Bauern nur eines einzigen Blickes zu würdigen, warf sich Antje zärtlich an die Brust des Vaters, der eben mit raschem Schritt in die Stube trat.

„Verzeih, daß ich Dir draußen ungeschicklich war, mein Vätergen!“ weinte sie, ihn liebend. „Wartet Du, an allen Andern geht es mich auf's Meer, wenn Du auf Deck ist. Und wenn Du, Vater, wieder dar ist das Schicksal beigefallen!“

„Wie dank ich ihm, daß ich Dich wieder habe.“

Mit diesen Worten, in denen seines Herzens Freude sich kund gab, preßte Peter Lebermann die Tochter so kräftig ans Herz, daß diese leise aufschrie. Dann eilte er wieder zum Strande hinaus, um die vom Gemeindevorstand für ihn bestimmten Geretteten in sein Haus zu geleiten. Antje ließ in ihr Kammerchen zu dem Knaben, der noch süß schlummerte, und kleidete sich rasch um. Darauf kehrte sie in die Stüberstube zurück, wo der Bauer immer noch saß und apathisch vor sich hinstarrte.

„Zucht es Dir nicht auch durch die Nerven, Nielas, wenn das Elend um Hilfe schreit?“ fragte sie mit verächtlichem Blick Nielas, der mit keiner Miene Teilnahme verriet und sich kaltblütig eine frische Pfeife ansteckte.

„Was soll ich dabei?“ erwiderte dieser gähmend, „habe gemeint, sie würden alleamt erkaufen.“

„Ohne uns wären sie's zweifellos; acht Mann liegen auf dem Meeresgrund“, gab Antje großend zurück. „Du aber hast kein Herz im Leibe, Unmenschen! Bist Du ein gefühlloser Bursche!“ fügte sie zornig hinzu und wandte ihr den Rücken.

„Ist denn die See meine Sache, Antje?“ fragte Nielas müde. „Mein Leben ist mir denn doch zu wert, als daß ich es für fremdes Volk in die Schanze schlagen möchte. Sei lieb und gut, Schatz, laß Dich zu mir und laß uns plauschen!“

Ein silberhelles Hohnlachen schallte ihm entgegen. „Wie spricht Du, Narr!“ erwiderte sie wegwerfend. „Jetzt, wo die Wogen der Verzweiflung höher gehen als die brüllende See, sollt' ich mit Dir plauschen? Davor graut mir schon, wenn das Meer spiegelblank ist; hu, Du bist ein gasstiger Feigling! Geh! lieber, spamm Deine Fische ein und hole den Doktor aus der Stadt, daß er, wenn es Not tut, zur Hand ist, dann hast Du wenigstens auch Dein Teil dazu getan.“

„Werd' mir überlegen, entgegnete der Bauer gähmend. Antje ließ wieder hinaus, denn es machte ihr Sorge, daß Nielas nicht mit den Anderen kam. Mit hämischen Blick schaute Nielas dem schönen Geschöpf nach: keine friedfertigen Gedanken waren's, die in dem Bösewicht umgingen.

(Fortsetzung folgt.)



der Genossenschaftsbewegung, die keine Aussicht auf Ausbreitung haben soll, ist ein Rückwärtschritt.

Auf dem hannoverschen Parteitag in Berlin (1902) beschäftigt man sich wieder mit der Genossenschaftsbewegung, doch dreht sich die Debatte fast ausschließlich um die Produktgenossenschaften. In der dort gefassten Resolution wird die Gründung solcher Genossenschaften als unabhängig gemacht, daß genossenschaftliche Mittel für eine gesunde und zweckmäßige Grundlage zur Verfügung stehen und Genossenschaftsgründungen in Form von Genossenschaften, die sich in der Wirtschaftslage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Kampfsystemen der Arbeiter zu beizugehen oder auch nur zu mildern. Diese Ansicht ist, wenn man dieselbe an die Arbeitgenossenschaften denkt, durchaus falsch. Da sie überhaupt nicht erzieherisch und über, wenn sie es zu einer sicheren Grenze bringen, den Wohlstand der Arbeiter und sich in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln, so wird sie wirklich nicht in der Lage, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen. Die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Kampfsystemen der Arbeiter zu beizugehen oder auch nur zu mildern.

Endlich beendigt man den hannoverschen Parteitag in Hannover im Jahre 1902 mit der folgenden Resolution: Die dort gefasste Resolution lautet:

Die Partei ist in der Gesamtheit neutral gegenüber den Genossenschaften, neutral gegenüber den Genossenschaften solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als Genossenschaft in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Vorzuziehen. Die Partei ist auch in der Gesamtheit neutral gegenüber den Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Förderung und Förderung ihrer Interessen, ein solches Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse, zur Bekämpfung der Lohnsklaverei und Förderung der Arbeiterklasse, aber sie muß diesen Genossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Diese Resolution entspricht einer ganz korrekten marxistischen Auffassung. Auch die Stellungnahme der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften ist korrekt. Es ist die Stellung einer wohlwollenden Neutralität. Sehr richtig wird die Errichtung von Wirtschaftsgenossenschaften abhängig gemacht davon, daß die nötigen Vorbedingungen vorhanden seien. Sehr richtig wird anerkannt, daß die Wirtschaftsgenossenschaften geeignet seien, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen. Zweifellos sind auch die Wirtschaftsgenossenschaften ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten. Das aber wird mit aller Würdigung der Wichtigkeit gesagt: Die Wirtschaftsgenossenschaften sind keine Seite des proletarischen Kampfes, sie haben keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei, wie die parlamentarische politische Arbeiterbewegung, d. h. die sozialdemokratische Partei, diese erstrebt. Die sozialdemokratische Partei erstrebt als Voraussetzung der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zunächst die Eroberung der politischen Macht, um mit deren Hilfe eine kommunistische Wirtschaftsgenossenschaftsordnung herbeizuführen. Die Genossenschaftsbewegung, auch die Wirtschaftsgenossenschaften, lehnen jeden Zwang ab, sie beruhen grundsätzlich auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenflusses, sie lassen Individuen zusammen, sie arbeiten von unten auf, während die sozialdemokratische Partei von oben her in die Produktions- und Distributionsverhältnisse eingreifen will.

Der klaren Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei in der hannoverschen Resolution gegenüber berührt es recht seltsam, wenn Combar eine Tendenz zur Einigkeit bei der deutschen Sozialdemokratie darin erblickt, daß sich die deutsche „soziale Bewegung“ (d. h. in der Definition der bewußten Herbeiführung der kommunistischen Wirtschaftsgenossenschaftsordnung) durch Entwicklung der genossenschaftlichen Organisation ergänzt.

Combar sucht seine Auffassung von der Konsumvereinsbewegung irrtümlich auf Dr. Niehn zu stützen. „Niehn hält die Konsumgenossenschaftsbewegung für geeignet, die Lust der Arbeiterschaft an friedlicher Reformarbeit zu wecken und ihre Bestrebungen den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Er meint sogar, daß eine Trennung einer wirtschaftlichen von der politischen Arbeiterbewegung unvermeidlich sein wird und rechnet zu der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung außer der Konsumgenossenschaftlichen noch die gewerkschaftliche. Die Entwicklung der letzten Jahre hat jedoch gezeigt einerseits, daß etwa vorhandene Gegensätze zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung immer mehr überwunden werden, andererseits, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung eine Arbeiterbewegung im engeren Sinne nicht ist. Sie hat sich stets allen politischen Bestrebungen gegenüber neutral gehalten. Sie hat weder zu den Differenzen, die innerhalb der politischen Arbeiterbewegung vorhanden waren, noch zu gewissen Gegensätzen zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer parlamentarischer Arbeiterbewegung Stellung genommen. Sie hat ihre Eigenart rein zu bewahren und entwickeln versucht. Ebenso wie die Konsumgenossenschaftsbewegung es ablehnen muß, sich zu einer Seite des proletarischen Kampfes machen zu lassen, ebenso sehr lehnt sie es ab, sich gegen irgendeine Form der Arbeiterbewegung auszuzeichnen zu lassen; denn im letzteren Falle wäre sie ebenso wenig neutral wie in dem ersteren.“

Alle Hoffnungen, die auf die Konsumgenossenschaftsbewegung als Mittel zur Überwindung der Sozialdemokratie oder zur Bekämpfung irgend einer Seite der Arbeiterbewegung gesetzt werden, werden sich ebenso wenig realisieren wie die Hoffnung, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung an dem bewußten Streben zur Herbeiführung einer demokratischen kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sich beteiligen könnte. Das eine wie das andere wäre ihr Untergang. In dem Augenblick, in dem sie sich als Kampfmittel gegen eine Form der Arbeiterbewegung gebrauchen lassen würde, würde sie das Vertrauen der stärksten Gruppe der genossenschaftlich organisierten Konsumenten, nämlich der Industriearbeiter verlieren; in dem Augenblick, in dem sie ein Werkzeug der politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse würde, würde sie (ganz abgesehen davon, daß dann die genossenschaftliche Form aufgegeben werden müßte) einer heillosen Zersplitterung und des größten inneren Kampfes Tor und Tür öffnen, einer Zersplitterung und einem Kampf, der die Vernichtung des größten Teils der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung zum Schaden der gesamten genossenschaftlichen Entwicklung nach sich ziehen würde.

Es liegt mir fern, Combar zu unterstellen, daß er beabsichtigt habe, die Genossenschaftsbewegung zu distanzieren. Wie aus dem Schluß seines Werkes klar und deutlich hervorgeht, ist es ihm darum zu tun, die Arbeiterbewegung, speziell den proletarischen Kampfsystemen, zu reformieren, und er glaubt, daß diese Reform mit Hilfe unter anderem auch der Genossenschaftsbewegung zu erreichen sei. Darum stellt er die Genossenschaftsbewegung als eine Seite des proletarischen Kampfes hin und unterläßt es, sie in ihrer Weisheit und Eigenart zu erkennen und zu würdigen.

Demgegenüber habe ich nunmehr nachgewiesen, daß die Combar'sche Reformierung der Genossenschaftsbewegung als eine Seite des proletarischen Kampfes weder für die Genossenschaftsbewegung im allgemeinen, noch für die Konsumgenossenschaftsbewegung im besonderen zutrifft. Die Verwerfungs- und Reformgenossenschaften der Landwirte, Handwerker und Händler, die daselbst die Kreditgenossenschaften bilden, können keine Seite des proletarischen Kampfes sein, weil in ihnen das Proletariat gar nicht vertreten ist, können es aber diese Genossenschaftsarten nicht sein, so auch nicht die Konsumgenossenschaften, da sie mit jenen wesenstreu sind, die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen haben, und jene, soweit die landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften, ergänzen, so daß eine weitere Entwicklung der einen Genossenschaftsart auch eine weitere Entwicklung der anderen mit sich bringt. Dazu kommt, daß die Konsumgenossenschaften längst darüber hinausgemacht sind, nur Industriearbeitergenossenschaften zu sein, sie sind zu Genossenschaften aller Genossenschaften, landwirtschaftlichen wie industrieller, Arbeiter wie Beamten und Bürger geworden.

## Soziales und Parteileben.

Zeuge des Arbeiterrechtes sind auch die im Verband landwirtschaftlicher Bäcker in Prunzen vereinigte Bäcker. Sie hielten in Dresden einen Verbandstag ab, in dem sie sich gegen das bisherige Arbeiterrecht loszogen, das von den Arbeitgebern durch den Maximalarbeitsvertrag gemacht worden ist. In ihrer extrem arbeitfeindlichen Stimmung faßten sie diese Resolution: „Die heute in Dresden verlesenen Arbeiterrechte des gegen 9000 Mitglieder zählenden Verbandes sind einseitig der Ansicht, daß der Maximalarbeitsvertrag schädlich wirkt, weil durch ihn das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen gebrochen wird. Sie richten die Bitte an den hohen Bundesrat, für den Maximalarbeitsvertrag einen Minimalarbeitsvertrag zu stellen.“ Wenn Großunternehmer oder Zunahme-meister arbeitfeindliche und profitstürmische Pläne realisieren wollen, dann muß jedesmal die abgeschmackte Phrase vom „guten Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen“ herhalten. Auf dieses sogenannte gute Einvernehmen preisen die Arbeiter: sie wollen eine vernünftige Arbeitszeit und anständige Löhne. Aber bei diesem Verlangen hört das famose „gute Einvernehmen“ der Meister auf. Das „Einvernehmen“ finden die Herren nur dann „gut“, wenn sie die Arbeiter bei den niedrigen Löhnen jeden Tag müderlich lange sitzen lassen können. Dieses Einvernehmen mag so schnell wie möglich flöten gehen.

Zum Kampf der schlesischen Weber. Aus Landeshut wird berichtet: Die streikenden Weber bei Methner und Frahne sollen durch russische Arbeitswillige ersetzt werden. Die beiden ersten Russen, die geschickt wurden, ließen sich aber nicht als Streikbrecher gebrauchen, sondern gingen ins Streikbureau, wo sie folgendes Schriftstück hinterließen:

Hilfsauschuss für deutsche Auswanderer in Ostrowo (Provinz Posen.)  
Telegramm-Adresse:  
Hilfsauschuss Ostrowo. Ostrowo, Prov. Posen,  
Fernsprecher 88. 2. Juli 1907.  
Journ.-Nr. 1600/07.  
Herrn

Methner u. Frahne in Landeshut.  
In Überbringen dieses überweisen wir Ihnen die Weber Otto Gasper und Eduard Linke aus Lohz (Russisch-Polen) und ersuchen Sie höflich, selbige unterbringen zu wollen. Das von uns vorausgabte Reise- und Zehrgeld im Betrage von 14,15 Mk., welche Summen vom Lohne in Abzug gebracht werden können, wollen Sie uns gefälligst nebst den bei uns üblichen Vermittlungsgebühren von 6 Mk. pro Arbeitskraft zur Deckung unserer Kanzleikosten einsenden.

In dieser Erwartung verbleibend, zeichnet  
Der Hilfsauschuss für deutsche Auswanderer aus  
Rußland.  
Der Geschäftsführer.  
J. B. R. Biegler.  
P. S. Für Otto Gasper wurden 8,18 Mk.  
„ Eduard Linke „ 6, — „  
verausgabt.

Dieses Komitee ist eine Gründung des Pastors Rosenberger in Ostrowo. Als Zweck der Vermittlung wird die Erhaltung der bisher in Rußland anlässigen Arbeiter für das Deutschtum und die evangelische Kirche angegeben. Um diesen Zweck zu erreichen, scheut man sich aber nicht, diese Arbeiter gegen ihre in einem gerechten Kampfe stehenden Brüder auszuspielen, in den meisten Fällen sicher gegen ihren eigenen Willen, wie das Beispiel der beiden ersten zu Streikbrecherdiensten sich nicht hergebenden Russen beweist.

All den Arbeitern, die in den Familienhäusern wohnen, wurde ange droht, falls sie am 2. Juli mittags die Wohnung nicht geräumt hätten, würden sie ermittelt. Auch dieser Druck hat seine beabsichtigte Wirkung nicht getan.

Der Streik in der Sunlight-Seifenfabrik beendet. Die zwischen den Organisationsleitungen der Fabrik- und Transportarbeiter einerseits und der Direktion der Sunlight-Seifenfabrik und dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes zu Mannheim stattgefundenen Unterhandlungen waren von Erfolg begleitet, so daß die Geschäftsführer Forthuber und Geil in einer gleich darauf tagenden Versammlung den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen konnten. Maßregelungen und Kündigungen finden wegen des Ausstandes nach den Zusicherungen der Direktion nicht statt.

Die Wohlfahrtspflicht. Die Streiks der Schlepper und Pferdezeugen im Ruhrrevier haben eine nette Erscheinung gezeitigt. Auf Grund der famosen Mietverträge drohen die Unternehmer den Eltern und Angehörigen der Streikenden, falls diese nicht zur Arbeit zurückkehren, mit zwangsweiser Heraussetzung aus den Wohnungen, § 12 der „Mietverträge“ besagt: „Mietet ist verpflichtet, seine Söhne, sofern dieselben einen anderen Beruf nicht erwählen, vom vollendeten 14. Lebensjahre ab auf den Werken der Vermieterin (soll heißen des Unternehmers) Arbeit nehmen zu lassen.“ Auf Grund dieses Paragraphen sind die in den Werkwohnungen wohnenden männlichen Glieder einer Familie dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Damit aber diese Bestimmung nicht etwa umgangen werde, gibt es einen anderen Paragraphen, der lautet: „Untervermietungen sind dem Mieter nur mit Genehmigung der Vermieterin gestattet. Kostgänger darf er halten, jedoch nur, wenn dieselben auf den Werken der Vermieterin arbeiten; dieselben muß er aber sofort entlassen, wenn sie sich ungebührlich benehmen. Auch müssen dieselben mit dem Tage der verfahrenen letzten Schicht auf den Werken der Vermieterin die Wohnung verlassen.“ Diese „humanen“ Bestimmungen, die keines Wortes der Erklärung bedürfen, werden so „human“

gehandhabt, daß sogar alte Leute, deren Männer ihr Leben im Dienste der Gesellschaft gewidert haben, nicht verschont werden. Nachstehendes Schreiben beweist das:

„Mittelschreiben“  
Mittelschreiben der Bergbaugesellschaft Neudorf.  
Am 1. Juli 1907.

Wir danken Ihnen herzlich für die von uns gemietete Wohnung zum 1. Juli d. J. an welchem Tage die Wohnung vorübergeben wurde.

Kalls ist Ihre Arbeit wieder belohnt zu nehmen, sind wir bereit, die Kündigungen zurückzuführen.“

Dieser Sohn hat früher auf Zeche Neudorf, in deren paradiesischen Gärten seine Mutter wohnte, pro Tag 2,40 Mark verdient. Jetzt beträgt sein Verdienst in einer Fabrik zwar 3,50 Mk. täglich, er muß aber bei seinem früheren Ausbehalter für 2,40 Mk. anfangen, will er nicht riskieren, daß seine alte Mutter erbarmungslos auf die Straße gesetzt wird. Es geht doch nichts über „Wohlfahrts“einrichtungen!

Durch ein Gerichtsurteil ruiniert wurde die Arbeiterdruckerei in West. Vor zehn Jahren gründeten dort Arbeiter eine Druckerei, die jetzt 18 Personen beschäftigt und gut prosperierte. In einem Prozesse mehrerer Dorfmatadore von Plauen wurde das in der Arbeiterdruckerei hergestellte Parteiblatt „Peuple“ zu der enorm hohen Zivilentschädigung von 12000 Fr. an die vier bürgerlichen Klauer und zur Tragung der Prozesskosten wegen Verletzung verurteilt und zugleich die Druckerei mit solidarisch haftbar erklärt. Das Blatt konnte nicht zahlen, nun sollte es die Druckerei, und da sie es auch nicht konnte, wurde sie in den Konkurs getrieben und sollte am 20. Juni versteigert werden. Alle anderen Gläubiger wären mit einem Vergleich einverstanden gewesen, aber die vier „Sieger“ wollten den Ruin des Arbeitergeschäfts. Zahlreiche Arbeiter kommen nun um ihre Ersparnisse, die sie der Druckerei anvertraut hatten, der „Peuple“ wird jedoch weiter erscheinen. Es ist allerdings für die Rechtsprechung in dem demokratischen Lande der Schweiz beachtenswert, daß noch nie gegen ein bürgerliches Blatt ein so unbillig schweres Urteil wegen Verletzung gefällt wurde. Daß aber die benötigte Summe nicht irgendwie aufgetrieben werden konnte, will uns nicht einleuchten.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise und ihre Wirkung im Arbeiterhaushalt. In den „Mitteltungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden“ (Heft 10) werden die Resultate einer Untersuchung veröffentlicht, die sich auf die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in den Jahren 1903 bis 1906 und deren Einfluß auf den Haushalt der Arbeiterfamilien erstreckt. Danach gestalteten sich die mittleren Kleinkaufspreise im Jahresdurchschnitt wie folgt:

	1903	1906	+ od. -
	W.	W.	in Prozent
Rindfleisch . . . . .	123	140	+ 14
Kalbfleisch . . . . .	151	167	+ 11
Schweinefleisch . . . . .	145	161	+ 11
Lammfleisch . . . . .	146	162	+ 11
Muttur . . . . .	158	174	+ 11
Leberwurst . . . . .	177	193	+ 9
Geräucherten Speck . . . . .	179	195	+ 9
Schweinefleisch . . . . .	183	200	+ 10
Mutter . . . . .	262	288	+ 10
Margarine . . . . .	155	171	+ 11
Milch . . . . .	17	18	+ 6
Eier . . . . .	79	85	+ 8
Rehl . . . . .	87	98	+ 13
Brot . . . . .	24	26	+ 8
Eiernudeln . . . . .	112	123	+ 10
Hohnen . . . . .	35	39	+ 12
Erbsen . . . . .	40	44	+ 10
Linien . . . . .	51	56	+ 10
Kartoffeln . . . . .	299	325	+ 9
Weiz . . . . .	56	61	+ 9
Zucker . . . . .	60	65	+ 8
Kaffee . . . . .	208	225	+ 8

Der amtliche Bearbeiter bemerkt dazu: „Die Übersicht bestätigt für Dresden im einzelnen, was ohnehin bekannt genug ist, daß fast die sämtlichen wichtigsten Lebensmittelpreise in den letzten Jahren eine zum Teil erhebliche Preissteigerung erfahren haben.“

Wie hat diese Preissteigerung nun auf das Ausgabenbudget der minderbemittelten Bevölkerung gewirkt? Diese Frage beantwortet das Statistische Amt der Stadt Dresden an der Hand von 25 Ausgabenverzeichnissen dortiger Arbeiterfamilien, die unter dankenswerter Mitwirkung des Dresdener Gewerkschaftsvereins angelegt und zu Ende geführt wurden.“ Diese 25 Ausgabenbudgets betreffen 12 Familien mit 4 Köpfen, 6 mit 5 Köpfen, 3 mit 6 Köpfen und 4 mit 7 Köpfen. Über das Durchschnittseinkommen der einzelnen Familiengruppen (a) und die durch die Preissteigerungen bewirkte Steigerung der Gesamtausgaben (b) gibt folgende Tabelle Auskunft:

	a	b
Die viertköpfige Familie 1582 Mk.	46 Mk.	= 2,9 Proz.
„ fünfköpfige „ 1151 „	39 „	= 3,5 „
„ sechsköpfige „ 1452 „	47 „	= 3,3 „
„ siebtköpfige „ 1464 „	56 „	= 3,4 „
„ Familien insgesamt 1476 „	46 „	= 3,1 „

Wie ein Blick auf die durchschnittliche Einkommenshöhe zeigt, handelt es sich bei den unteruchten Familien fast ausschließlich um „besser situierte“ Arbeiter mit Einkommen von über 1200 Mk. Nur fünf Familien haben eine geringere Jahreseinnahme. Die tiefste Proletarierdicht ist also mit obigem Ergebnis nicht gefast. Die Ausgabensteigerung beträgt im Durchschnitt dieser Arbeiterfamilien 46 Mk., d. h. sie mußten in Jahre 1906 diese Summe mehr aufwenden, wenn sie Nahrungsmittel in gleicher Menge und Qualität wie 1903 konsumieren wollten. Manche werden sich statt dessen allerdings mit einer noch bescheideneren Ernährung begnügen haben als vorher, um ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu halten.

Ein „Anturbild“. Während der Wahlbewegung brachte die „Mannheimer Volksstimme“ ein Bild: Wiedergabe einer südwärts gerichteten Hängeleone. Eine Abteufung Schuttruppler stand um einen Baum, an dem sechs Neger hingen und im Todesampfe zappelten. Im zugehörigen Texte hieß es: „Wir sind in der Lage, eine ganze Reihe ähnlicher Bilder deutscher Kulturarbeit in Afrika veröffentlicht zu können, darunter solche, bei deren Anblick jedem nicht völlig verrohten Menschen die Haare zu Berge stehen würden. Was da an perversen Grausamkeiten (auch gegen wehrlose Frauen) gefestigt worden, spottet jeder Beschreibung. Die Szene wirkt mit ihrer bestialischen Grausamkeit dermaßen erschütternd, daß ihr nicht viel Worte beigegeben zu werden brauchen. Die teuflische Bestialität, die aus den Gesichtern der deutschen „Kulturträger“, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften spricht, bildet eine treffliche Illustration zu der Phrase von der „nationalen Ehre“, die im gegenwärtigen Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen sei.“ Diese Publikation trug dem verantwortlichen Redakteur Ged. Anklage wegen Schuttruppenbeleidigung ein. Ihn Mittwoch hatte sich nur Ged. — wir



berets kurz mitgeteilt — vor der Strafkammer zu verurteilen. Bewiesen wurde, daß die Szene sich tatsächlich ereignet hat; die Geheften hatten im Verdacht gestanden, zwei Weiber ermordet zu haben; sie waren aus der Gefangenschaft entlassen und hatten auf verfolgende Schutztruppen geschossen, jedoch ohne zu treffen. Dafür wurden sie zum Tode verurteilt und gehängt. Einer der Schutztruppler war so wichtiglich roh, daß er die Hinrichtungsstätte photographierte und davon Bilder nach Deutschland sandte. Weil wurde wegen Schutztruppenbelästigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der nationale Ehrenkodex ist also wieder blank, so blank, daß Sängelenen sich darin spiegeln.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Scheusal.** Das Dienstmädchen Sommer, das sein Kind lebendig begraben hatte, wurde vom Schwurgericht in Stuttgart zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Zur „Zierrigkeit“ der Bürger** und zum „Zuch“ ihres Eigentums wurde im Herbst vorigen Jahres in Oberstein (Fürstentum Vörländ) eine Wache und Schließgesellschaft gegründet. Wie der Gründer und der Direktor der Gesellschaft ihre Pflichten ausführten, wird dadurch gekennzeichnet, daß jetzt wegen Betruges der Regierender Saermann mit einem Monat und der Direktor Meyer mit vier Monaten Gefängnis bestraft wurden.

**Verurteilter Autohölzer.** Die Strafkammer in Weimar verurteilte den Rittgeizbesitzer Kraus aus Holzdorf, der, wie mitgeteilt, den Automobilisten Schulze aus Weimar mit seinem Automobil totgefahren hatte, zu drei Monaten Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten.

**Die Soldatenmishandlungen im deutschen Heere** sind nach wie vor im Schwange. Wie verzeichneten heute folgende Fälle, die an einem Tage vor einem Kriegsgericht, dem der I. Garde Division, verhandelt wurden. Unter der schweren Anklage, sich in mindestens 59 Fällen an Unteroffizieren vergriffen zu haben, sah der Unteroffizier Seide von der 7. Kompanie des Garde-Füsilierregiments auf der Anklagebank. Außerdem wurden ihm noch drei Fälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt, drei Fälle vorläufiger Unterbringung Untergebenen und zwei Fälle der Unterschlagung zur Last gelegt. Seide ist ein noch junger Unteroffizier. Die Mißhandlungen, die in der Verhandlung zur Beurteilung gelangten, hat er im Lauf dieses Jahres an seinen Rekruten verübt. Bei jeder Gelegenheit schlug er die Mannschaften, und in einzelnen Fällen legte er große Rohheit an den Tag. Ganz besonders schien er es auf den Fühler Schröder abgesehen zu haben, den er in mindestens 22 Fällen mißhandelt hatte. Morgens beim Aufstehen ließ er ihn häufig vor die Brust, daß er gegen die Betten fiel. Auch mit Ohrfeigen traktierte er den Rekruten. An dem Fühler Kroese II hat sich der Angeklagte mindestens fünfmal tätlich vergriffen. Einmal ließ er ihm den Gewehrkolben in die Antriebsseite, ein andermal schlug er ihn mit der Faust unteres Knie und bei zwei anderen Gelegenheiten schlug er ihn am Ohr und schleifte ihn auf diese Weise auf der Mannschafstube umher. Die Rekruten Kries und Hoda erhielten wiederholt Schläge ins Gesicht und Stöße in den Rücken. In zahlreichen Fällen verweigerte der Unteroffizier fernem Untergebenen Stöße, so daß sie gegen die Betten fielen. Die sämtlichen Mannschaften der Kompanie des Angeklagten waren seitens des Vorgesetzten fortwährend den Mißhandlungen ausgesetzt. Sie waren auch alle zur Verhandlung als Zeugen geladen. Bei den unbedeutenden Verbrechen schlug S. zu. Im großen und ganzen war S. gefällig. Einen besonders großen Fall des Mißbrauchs der Dienstgewalt nahm das Gericht in folgendem Vorgang an: Eine Hoje, für die der Angeklagte verantwortlich zu machen war, war abhanden gekommen. Der Unteroffizier kam nun auf einen seltsamen Einfall, um sich vor Schaden zu bewahren. Er ließ unter den Betten seiner Kompanie sammeln. Die einzelnen Soldaten, und zwar die Rekruten, mußten Beiträge von 10, 20 und 30 Pf. beisteuern. Einer „herdet“ sogar zwei Mark. Von dem gesammelten Geld — es waren im ganzen neun Mark — wurde dann ein neues Kleid angekauft. Von zwei Fühler ließ sich der Vorgesetzte Geld zur „Aufbewahrung“ übergeben, und verbrauchte es für sich selbst. Als er einmal mit seinen Stiefeln in Schmutz geraten war, ließ er sich von dem Fühler Mittag dessen gute Schuhe geben und ging damit aus. Er trug die Stiefel des Untergebenen sechs Wochen hindurch. Als ihn der Fühler einmal bat, er möchte doch die Schuhe wieder zurückhaben, da er sie zum Sonntag tragen möchte, erwiderte ihm der Unteroffizier, er solle keine Dienstschuhe anziehen. Nach längerer Beweisaufnahme erachtete das Kriegsgericht den Angeklagten für überführt und verurteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis. Gleichzeitig sprach der Gerichtshof auch die Ehrenstrafe der Degradation und der Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gegen den Unteroffizier aus. Zu je vier Wochen Mittelarrest wurden außerdem wegen einer Reihe von Mißhandlungen an Untergebenen die Unteroffiziere Hahn und Koschy vom Kriegsgericht verurteilt.

**Chicago in Deutschland.** Wegen widerlicher Schwelereien in seinem Vertriebe hatte sich kürzlich der Schlächtereinmeister Minkwitz in Bismarck vor der Strafkammer in Waagen zu verantworten. Das Gericht verurteilte den schon viermal vorbestraften Angeklagten in Anbetracht der an den Tag gelegten Verwerflichkeit, Frivolität und Gemeingefährlichkeit zu sechs Monaten Gefängnis, 150 Mk. Geldstrafe, event. 15 Tagen Haft, und zu 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

**Gerichte irren nie.** So wird wenigstens immer behauptet. Daß das nicht zutrifft, beweist folgender Fall: Das Kriegsgericht der 10. Division in Posen hatte den Kanonier Rodewald vom 56. Feldartillerie-Regiment wegen mehrerer Vergehen gegen die militärische Disziplin zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Das Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps hob das Urteil auf und erkannte auf fünf Monate Gefängnis. Ein kolossaler Unterschied in bezug auf das Strafmaß.

**Der § 193 und die Kritik gerichtlicher Urteile.** Vom Landgericht Dortmund ist am 5. Januar der Bergmann Hermann Linke zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt worden. Er hielt am 22. Juli v. J. im Sozialdemokratischen Verein zu Hückarde einen Vortrag über die geltende Gerichtsorganisation und unterzog dabei verschiedene Gerichtsurteile einer kritischen Würdigung. Bezüglich des Schwurgerichtsurteiles vom 14. Juli, durch welches der Polizeiergeant D. von der Anklage der Körperverletzung des Arbeiters S. freigesprochen worden ist, sagte er: „Wenn der Gerichtshof S. den besseren Standen angehört hätte — ob dann wohl das Urteil auch so ausgefallen wäre? Denke jeder, was er will; ich denke mir das meinige!“ In diesen Worten hat die Strafkammer eine Beleidigung des Schwurgerichtes erblickt. In den Urteilsgründen heißt es: Der Angeklagte meinte offenbar, daß ein aus Arbeitern bestehendes Schwurgericht anders geurteilt haben würde. Es ist

sein gutes Recht, die Gerichtsorganisation zu kritisieren. Er ging auch zweifellos nicht zu weit, wenn er einzelne Urteile als Rechtsprüche bezeichnete. Insofern ist ihm der Schutz des § 193 zugebilligt worden. Er hat jedoch bewußterweise die durch § 193 gezogene Grenze überschritten, indem er gegen die Geschworenen den Vorwurf bewußter Parteilichkeit erhob. Er hatte also die Absicht, zu beleidigen, wie aus der gewählten Form hervorgeht. Den Strafantrag hat der Landgerichtspräsident in Dortmund gestellt. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Das Urteil sei materiell und prozessual gänzlich unhaltbar. Bezüglich des § 193 müßte zu geben werden, daß die Verwechslung von Form und Inhalt ganz eklatant sei. Wie sollte der Angeklagte sich anders ausdrücken, wenn er den Vorwurf der Klassenjustiz erheben wolle? Der Strafantrag sei, wie das Urteil jetzt liege, ebenfalls nicht ausreichend. Denn das Urteil bringe ganz klar zum Ausdruck, daß lebhaft die Geschworenen beleidigt sein sollen; vom Schwurgerichtshof sei im Urteile nicht ein einziges Mal die Rede. Dann aber sei der Landgerichtspräsident gar nicht berechtigt gewesen, einen Strafantrag zu stellen, denn die Geschworenen seien keine Beamten. Der Landgerichtspräsident habe nur wegen Beleidigung des ganzen Schwurgerichtshofes Strafantrag stellen können, und es sei auch rechtlich möglich, darzulegen, daß durch die Verwechslung des Angeklagten nicht nur die Geschworenen getroffen werden sollten, sondern der ganze Gerichtshof. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

## Aus Nah und Fern.

**Frecher Diebstahl.** Auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin wurde gestern nachmittags 2 Uhr dem Beamten Klaus des Wechselbureaus von H. Pauly durch das Schiebefenster, als er sich einen Augenblick abgewandt hatte, ein Päckchen mit Banknoten im Betrage von 4700 Mark entwendet. Der Täter ist merkwürdig entkommen.

**Großfeuer.** Nach einer Meldung aus Koburg ist die bedeutende Griebbachsche Porzellanfabrik durch ein Großfeuer fast gänzlich zerstört worden.

**Wieder Giner.** Ein Buchhalter der Fabrik elektrischer Glühlampen in Gelnhausen wurde wegen Unterschlagung von 30 000 Mark verhaftet.

**Ein Autopfer.** Ein Automobil kollidierte auf der Berliner Chaussee mit einem Geispann. Der Chauffeur Wilhelm Nagel aus Magdeburg wurde schwer am Unterleib verletzt und starb nach 2 Stunden.

**Begnadigt.** Der Fabrikarbeiter Wilhelm Tiede aus Berlin, der im Mai 1906 seine Ehefrau mit einem Küchenmesser ermordete, weil sie nicht zu ihm nach Berlin zurückkehren wollte, und wegen Mordes vom Schwurgericht Thorn am 12. Februar zum Tode verurteilt ist, ist von Kaiser zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

**Neuer Muckersars?** Aus Köln wird berichtet: Das vom Verein für Feuerbestattung in Sagen in Westfalen errichtete Krematorium, das in den nächsten Tagen seine Tätigkeit beginnen sollte, darf der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge auf Anweisung des Ministers des Innern und des Kultusministers nicht benutzt werden. Die Hagener Polizei ist angewiesen, gegen die Benutzung des Krematoriums eventuell polizeilichen Zwang anzuwenden.

**Wegen Gezwungener** müßte sich in Köln die Frau eines Bergmannes aus Hochheide mit ihren vier Kindern, die sie mit Tüchern zusammengebunden hatte, in einen Brunnen. Alle fünf Personen ertranken.

**Der bekannte Philosoph Anno Fischer** ist in der Nacht zum 5. Juli in Heidelberg gestorben. Am 23. ds. Mts. wäre der Verschiedene 83 Jahre alt geworden.

**Bergmannstos.** Auf der Zeche „Freier Vogel“ wurden drei Bergleute durch Steinfall verschüttet; einer war sofort tot, die beiden anderen sind schwer verletzt.

**Bergsteiger Speisen.** In Bensberg erkrankten nach dem Genus von sogenannten Mohrenköpfen über 50 Personen; mehrere von ihnen schweben in Lebensgefahr.

**Ein folgenschwerer Zusammenstoß.** Unweit der Ortschaft Wüderich bei Köln kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug der elektrischen Bahn und einem Dampflokomotivzug. Der Kutscher wurde getötet. Die auf dem Vorderperon stehenden Passagiere wurden sämtlich teils schwer, teils leicht verletzt.

**Unglückliche Liebe.** Ein Schlossergeselle in Baden-Baden gab auf ein junges Mädchen in einer Weinhandlung zwei Revolverkugeln ab, verwundete es schwer und erschoss sich dann selbst.

**Im Alter von 106 Jahren** ist am Dienstag im Siechenhause zu Baborze die Witwe Marie Wodecki als älteste Einwohnerin des Kreises Jaroslaw gestorben. Die Greisin war noch sehr rüstig und trank noch jeden Tag in gewohnter Weise ihren Schnaps. Kurz vor ihrem Tode lärmte sie noch, weil man ihr den an Stelle des Schnapses verordneten Wein nicht gab. Nachdem sie endlich den Wein erhalten und getrunken hatte, legte sie sich ruhig nieder und entschlief bald darauf. Die Greisin wurde am 4. April 1801 in Pischow geboren, war 50 Jahre Witwe und gelebte als einzige Überlebende alle ihre Angehörigen zu Grabe.

**Vandalismus.** Gestern nachmittags zerlegte in Paris ein Mann das Gemälde „Die Sündflut“ von Poussin im Louvre-Museum durch Messerschnitte.

**Eisenbahnunglück.** Auf der Linie Mailand—Varese, zwei Kilometer vom Bahnhof Mailand, stießen gestern morgen ein Güterzug und ein elektrischer Personenzug zusammen. 30 Personen sind verwundet, darunter vier schwer. Die Lokomotive, vier Güterwagen und zwei Personenwagen wurden zertrümmert.

**Großes Aufsehen** erregt in Bozen die Aufhebung einer Gasterhöhle, in welcher fünfzig 11—13jährige Mädchen zu unsittlichen Zwecken benutzt wurden. In die Affäre sind angesehenere Personen der Stadt Bozen verwickelt.

**Schiffunglück.** Der Dampfer „Mount Royal“ der Hudson Bay Company, der auf dem Seena-Fluß verkehrt, ist in einer engen Felsenchlucht vollständig wrack geworden. Fünf Mann der Besatzung sind ertrunken. Die Passagiere wurden gerettet.

**Schiffunglück.** Die Admiraltät in London macht bekannt, daß in der Mündung der Tyne ein Zusammenstoß stattfand, zwischen dem englischen Kriegsschiff „Assistance“ und dem deutschen Dampfer „Marie“. Letzterer sank. Die Frau des Kapitäns ertrank. Der Rest der Besatzung befindet sich an Bord der „Assistance“.

**Gefahr.** Der Pariser Polizei gelang es, vier deutsche Staatsangehörige, die bemittelten Deutschen bei ihrem Aufenthalt in Paris auf allerlei Art ihr Geld entlockten, dingfest zu machen.

**Die Entführung eines Kindes durch seine Mutter** erregt in Rom, wie von dort berichtet wird, großes Aufsehen, da durch sie die frühesten Gerichte über die Beziehungen zwischen der Gräfin Montignoso und dem Grafen

Guicciardini wieder aufgewärmt werden. Laut einer Meldung des Corriere della Sera hatte die Gräfin Guicciardini seinerzeit die Trennung von ihrem Gatten wegen dessen angeblicher Beziehungen zu der Gräfin Montignoso durchgesetzt. Jetzt sollte laut Urteil die Mutter die Tochter an den Vater ausliefern. Der Graf traf in Rom ein, begleitet vom Familiennotar und einigen Zeugen, um das Kind zu übernehmen. Im Hotel erfuhr er, daß die Gräfin mit dem Kind 48 Stunden vorher nach einem unbekanntem Ziel abgereist sei. Man nimmt an, daß beide schon in Brüssel beim Vater der Gräfin, Moreno, dem Gesandten Argentiniens, eingetroffen sind, wie sie die diplomatische Immunität mitgenießen. Wie erinnerlich, wurde Anfang des Jahres 1905 behauptet, zwischen der Gräfin Montignoso, die damals die Villa Papiana bei Florenz bewohnte, und dem jungen Grafen Guicciardini, dem Sohn des Eigentümers der Villa, bestehe ein sehr vertraulicher Verkehr, der sich auch auf gemeinsame Ausflüge und auf abendliche Besuche des Grafen in der Villa ausdehne. Beide leugneten jede Vertraulichkeit aufs entschiedenste.

**Zwifel Schröder in Zürich gestorben.** In Zürich ist im Alter von 58 Jahren der Schreiner Karl Schröder gestorben, der Ende der 80er Jahre als deutscher Polizeispitzel „berühmt“ geworden ist. Es war in der Reichstagskammer vom 27. Januar 1888, als anfänglich der Verschärfung und Verlängerung des Sozialistengesetzes unsere Genossen Wedel und Singer Aufsehen erregende Enthüllungen über die Spionagetätigkeit Buttkamers und Wismarkts machten. In der Hand von antiken Manuskripten des Züricher Polizeihauptmannes und Untersuchungsrichters Fischer konstatierten sie, daß Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei mit Monatsgehalt von 200 Mark im Anfang und von 250 Mark in den letzten Jahren stand; daß er das Geld vom Polizeirat Krüger in Berlin erhielt und seine Berichte an den Polizeibeamten Gröber sandte; daß bei Schröder bei der Hausdurchsuchung eine Kiste Dynamit gefunden wurde, die er von den Anarchisten Ester und Wübbeler erhalten hatte; daß Schröder mit den Anarchisten Stellmacher, Kammerer u. genau bekannt war und im Herbst 1888 einer in Zürich stattgefundenen Konferenz der Anarchisten in der Schweiz beizuhören, daß seine Verbindung mit der Berliner Polizei der Anarchist Kaufmann vermittelte, der nach Schröders Aussage ebenfalls für die Berliner Polizei „arbeitete“; daß Schröder auch mit den Anarchisten Beutert und Neve in persönlichen Beziehungen, mit dem Anarchisten Justus Schwab in Amerika in brieflichem Verkehr stand; daß Schröder alle neu erschienenen sozialistische und anarchische Literatur für die Berliner Polizei anzuschaffen und ihr sofort zu senden hatte, daß er die bezüglichen Versammlungen der erwähnten Richtungen zu überwachen und die darin anwesenden Personen zu denunzieren hatte; daß Schröder in Versammlungen und Birtschaften die Arbeiter durch seine Reden erhitte und aufgehetzte und sie auf den Weg der Gewalt, als dem einzigen Mittel zur Rettung, verwiesen und zur Propaganda der Tat aufgefordert hatte. Ähnliche Enthüllungen wurden gleichzeitig über den in Genf domizilierten Spitzel Haupt gemacht. Aber Schröder sei noch bemerkt, daß er damals aus der Schweiz ausgewiesen worden wäre, wenn er sich nicht vorher schon das Schweizer Bürgerrecht erworben gehabt hätte. Das polizeiliche Sündenlohn hatte für ihn keinen „Segen“. Er war zwar Hausbesitzer und Schreinermeister geworden, da er aber vor einigen Jahren in Konkurs geriet, dürfte er wieder um alles gekommen sein, nachdem er seine Ehre schon vorher verloren hatte.

**Budapests oberster Sittenwächter.** Man schreibt der „Wiener Arb.-Ztg.“ aus Budapest: Soeben ist das Mauthbuch der hauptstädtlichen Staatspolizei erschienen, das einen umfassen Bericht über die Tätigkeit der Sicherheitsbehörde auf allen Gebieten enthält. Mit besonderer Sorgfalt wird das reformatorische Walten der Sittenpolizei herausgehoben, denn der neue Oberstadthauptmann Dr. Desider Boda rechnet es sich als Ruhmesstück an, die Straßen Budapests von Prostituierten gesäubert zu haben. In der Tat ist das aufdringliche, Argerniserregende Treiben der ihren Leib auf den Markt bringenden Frauenzimmer von den Straßen verschwunden, die Prostitution ist in die Seitengassen verdrängt und darf sich auch dort nicht so ungeniert wie vordem gebärden, dem „Markt“ sind bestimmte Nachtlokale angewiesen — kurz, das Budapester Straßensbild ist wirklich etwas „dezent“ geworden. Darauf tut sich der neue Polizeipräsident auch nicht wenig zugute. Aber gar so prostitutionseindlich ist darum Herr Dr. Desider Boda gerade nicht. Auch er hat aus der Prostitution jahrelang ein beträchtliches Einkommen bezogen — bezieht es vielleicht noch. Im März 1902 hat Herr Boda ein Partierhüschen in der Josefstadt, das Haus Nr. 48 in der Gumpoldgasse, gekauft, das an Prostituierte vermietet war. Schon damals zeigte sich bei ihm also der Hang, dieses Gewerbe in die Seitengassen zu verlegen. Als Polizeirat, Oberstadthauptmanns-Beauftragter und dann als Oberstadthauptmann hat er sein Kaputälchen dank der Prostitution reichlich verzinnt, auch hat er den Betrieb etwas vergrößert. Anfangs seiner Hausbesitzerherrlichkeit bewohnten nur drei, später aber fünf „unter polizeilicher Aufsicht stehende Frauenpersonen“ das Haus Gumpoldgasse Nr. 48. Und wie unter Polizeiaufsicht! Ein gewesener Sicherheitswachmann (Konstabler) war der Hausmeister und Intendant Boda's. Es war, wie gesagt, ein recht rentables Geschäft. Herr Boda hatte das Häuschen um 27 000 Kronen erstanden. Nach der Budapest Durchschnittsmiete hätte er von gewöhnlichen Mietparteien ein Erträgnis von etwa 1200 Kronen, also nicht ganz 5 Proz. herausgeschlagen. Aber die Prostituierten, die täglich 4 bis 5 Kronen per Zimmer bezahlten, lieferten ihm ein Erträgnis von zirka 8000 Kronen, das sind nahezu dreißig Prozent. Herr Boda war unter dem Ministerium Fejervary zum Oberstadthauptmann ernannt worden. Als das Koalitionsregime begann, schickte er das Bedürfnis, sich durch irgend eine Neuerung auszuzeichnen, und da ihm nichts Geseheneres einfiel, kam er auf den ihm freilich naheliegenden Gedanken, die Prostitution zu „reformieren“. Aber da war es, obgleich die Öffentlichkeit von seinem Nebeneinkommen aus der Josefstädter Seitengasse nichts wußte, doch geraten, sein Haus in der Gumpoldgasse zu verkaufen. Das geschah denn auch und am 1. Mai 1906 wurde das Haus grundbuchlich auf einen anderen Eigentümer übertragen. Dieser andere ist jedoch der nächste Verwandte des langjährigen Rechtsanwalts Boda's und die Eingeweihten raunen sich zu, daß der Polizeipräsident eigentlich noch jetzt sein fettes Einkommen aus der Prostitution bezieht. Auch bei dem obersten Sittenwächter Budapests weiß eben die linke Hand nicht, was die rechte tut.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schmarb. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.